Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang | Donnerstag, 25. August 1921 | Nummer 395 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint: morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saargebiet, Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburg 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez., für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 16 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An das arbeitende und hungernde Volk!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleingewerbetreibende und Kleinrentner in Stadt und Land!

Neue Gefahren bedrohen Euch! Der Brotwucher setzt erneut ein, die Mieten werden erhöht, alle Warenpreise steigen! Der Geldwert sinkt immer tiefer, die Mark gilt kaum noch 5 Pfennige. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit greifen um sich. Löhne, Gehälter, Kleinrenten und Unterstützungen verlieren immer mehr ihre Kaufkraft, reichen selbst nicht mehr aus zur Fristung eines Hungerdaseins. Krankheit, Massensterben, Not und Verzweiflung herrschen im Proletariat, das alle Werte schafft!

Das ist der Fluch des kapitalistischen Krieges für das Volk!

Die Kapitalisten und ihr Troß dagegen, all' die Parasiten und Schmarotzer, die nicht arbeiten, leben in Saus und Braus, prassen und schwelgen ärger denn je. Wucherer, Schieber und Ausbeuter aller Art saugen Euch aus, treiben alle Preise hoch und nennen das „Arbeit". Ihnen hat der Krieg nicht nur Riesenvermögen gebracht, sondern auch einen Wirtschaftszustand, in dem sie fast ohne Konkurrenz den Preiswucher schranken- und schamlos betreiben, Monopolpreise diktieren können. **Euer Schweiß und Blut kristallisiert sich in ihren Geldschränken zu Millionen und Milliarden!**

Das ist der Segen des Krieges für die Kapitalistenklasse!

Die Volkswirtschaft verkümmert und verkommt, Junker und Großkapitalisten arbeiten wie früher Hand in Hand, die Staatsmacht wieder völlig ihrem Profitinteresse dienstbar zu machen. Sie kaufen die Zeitungen auf und vergiften mit ihrer verlogenen Presse die öffentliche Meinung. Sie finanzieren und korrumpieren die „bürgerlichen" Parteien und beherrschen dadurch die Gesetzgebung.

Die Reichtagsmehrheit ist von ihnen abhängig und gehorcht ihrem Willen. Alle Gesetze tragen daher junkerlich-kapitalistisches Gepräge, belasten Euch und schonen Junker und Kapitalisten!

Seht Euch doch die Steuergesetze an!

Der Lohn- und Gehaltsempfänger muß jeden Pfennig Einkommen mit mindestens zehn Prozent versteuern, die reichen Besitzer von industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben, Vermögen und Vermögenswerten aller Art dagegen zahlen nur wenige Prozent ihres wirklichen Einkommens als Steuern! Sie betrügen den Staat systematisch um die Steuern im Schutze des berüchtigten Steuergeheimnisses, das die Bekanntgabe ihrer Steuerleistung verbietet und nur geschaffen ist, um ihnen die Steuerhinterziehung zu erleichtern.

Eine wirksame Vermögensbesteuerung ist durch Verheimlichung und Verschiebung von Riesenkapitalien ins Ausland und zahlreiche Umgehungsmanöver aller Art verhindert worden. Immer und immer wieder sind die Genuß- und Lebensmittel, die Gebrauchsartikel der breiten Volksmasse mit indirekten Steuern belastet worden.

Jetzt droht ein neuer Steuerraubzug!

Unter wahnsinnigen Teuerung neue riesige Steuerlasten! Auch das ist eine Folge des kapitalistischen Krieges. Durch die neuen Steuern sollen die Kriegskosten aufgebracht werden, die der siegreiche Ententekapitalismus dem unterlegenen Deutschland auferlegt hat.

Die Rechtsparteien schwindeln der Oeffentlichkeit vor, das Londoner Ultimatum sei die Ursache der neuen Steuern. Bei Ablehnung des Ultimatums wäre aber der Steuerdruck durch die Ententebajonette nur noch verstärkt worden. **Die letzte Ursache der neuen Steuern ist eben der kapitalistische Krieg!** Zentrum und Demokraten offenbaren auch jetzt wieder ihren kapitalistischen Charakter. Bei den jetzigen Steuerkämpfen haben die Demokraten sogar die Führung der kapitalistischen Steuersaboteure übernommen.

Die Regierung fordert die Erhöhung und Neueinführung indirekter Steuern auf den Massenkonsum. Es sollen erhöht werden die Steuern auf Kohlen, Leuchtmittel, Zündwaren, Bier, Mineralwasser und Tabak, ferner die Zölle auf Kaffee, Tee, Kakao und andere koloniale Genußmittel. Dazu kommt eine Erhöhung der Umsatzsteuer. Die Regierung schlägt weiter eine Reihe Verkehrssteuern und schließlich auch Besitzsteuern vor.

Wieder soll der Besitz geschont und das arbeitende Volk belastet werden

Während die genannten indirekten Steuern mindestens verdoppelt werden sollen, also eine weitere gewaltige Verteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden und hungernden Volksmassen droht, ist die vorgeschlagene Besitzbesteuerung absolut belanglos.

Die vorgeschlagene Vermögenssteuer soll nämlich mit 0,05 Prozent anfangen und mit 1 Prozent aufhören, die außerdem vorgeschlagene Vermögenszuwachssteuer erst 1926 in Kraft treten und eine einmalige Abgabe vom Vermögenszuwachs der Nachkriegszeit, die erst bei 100 000 M. Gewinn anfängt, setzt auch nur mit 5 Prozent ein und geht bis 30 Prozent.

Nach den Erfahrungen mit den bisherigen Besitzsteuern werden die Kapitalisten auch diese neuen Besitzsteuern wirkungslos machen, so daß der Besitz sich wiederum drückt von der Steuerleistung und die Lasten der Kriegsschulden vornehmlich auf die breiten Massen der arbeitenden und hungernden Volksschichten abwälzt.

Wir fordern die Erfassung der Goldwerte!

Nur dadurch ist eine wirksame Heranziehung des Besitzes zu den Steuern möglich. Vor dem Kriege kannten wir keinen Unterschied zwischen Goldwert und Papierwert; ein Zehnmarkschein hatte dieselbe Kaufkraft wie ein Zehnmarkstück in Gold. Heute ist das anders! Der Krieg hat den Kredit des Staates untergraben, das staatliche Papiergeld und alle papierenen Schuldtitel des Staates sind entwertet. Hunderttausend Mark in Papier haben heute nicht so viel Kaufkraft als früher zehntausend Mark.

Nur die Sachwerte haben ihren Goldwert behalten: Grund und Boden, Gebäude, Maschinen und Gegenstände aller Art. Sie haben, in Papiermark ausgedrückt, eine riesige Wertsteigerung erfahren. Ein Gegenstand, der früher 10 000 Mark kostete, ist heute für 100 000 Papiermark nicht feil. Die Besitzer dieser Goldwerte sind also von der allgemeinen Entwertung verschont geblieben. Das trifft besonders zu für Landwirtschaft und Industrie, für die Gewinne des Handels, der Banken und der Börse. Trotzdem das Reich den Krieg verloren hat, haben die Goldwertbesitzer ihre Sachwerte behalten und ziehen jetzt enorme Gewinne aus ihnen.

Die Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger dagegen sind durch die Geldentwertung in ihren Einkommen enorm zurückgeworfen worden. Aber gerade diese Schichten bilden die Masse der Bevölkerung, von der die indirekten Steuern aufgebracht werden. Die Besitzer der Goldwerte dagegen sind bisher von jeder fühlbaren Besitzsteuer verschont geblieben.

Deshalb müssen sie endlich dazu herangezogen werden!
Von einer bestimmten Wertgrenze an, die die kleinen Werte freiläßt, muß

dem Reich ein erheblicher Anteil an den Goldwerten

durch Gesetz zugesprochen und dadurch ein entsprechender Anteil an den Gewinnen aus diesen Werten garantiert werden. Wenn ein landwirtschaftlicher oder industrieller Betrieb zu einem Fünftel oder einem Viertel Reichseigentum würde, dann müßte ein Fünftel oder ein Viertel seines Gewinns an die Reichskasse abgeführt werden. Auf diese Weise würde endlich eine wirksame Heranziehung der Goldwerte der Besitzenden zu den Reichssteuern herbeigeführt werden.

Gegen diese Erfassung der Goldwerte aber laufen alle Besitzenden, Junker wie Industrie- und Finanzmagnaten jetzt Sturm; sie sträuben sich aufs äußerste dagegen.

Der proletarische Massendruck muß sie dazu zwingen!

Proletarier in Stadt und Land! Teuerung und Steuerdruck bedrohen wieder Eure Lebenshaltung, drücken sie herab unter das Existenzminimum des Kulturmenschen. **Gewaltige Kämpfe um Erhöhung der Löhne und Gehälter** sind die notwendige Folge. Reich, Einzelstaaten und Gemeinden müssen die Bezüge ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter entsprechend erhöhen. Die privaten Betriebe müssen folgen. Aber das kapitalistische Unternehmertum, das fortgesetzt Lohnherabsetzungen durchzusetzen sucht, wird zu Lohnerhöhungen nur durch Einheitlichkeit und Geschlossenheit aller Hand- und Kopfarbeiter zu zwingen sein. Deshalb

stärkt Eure Kampforganisationen!

Hütet Euch vor Scheinkonzessionen des Unternehmertums in Form von Lohnzugeständnissen gegen Zubilligung von Preiserhöhungen durch Eure Organisationen, wie sie von den Arbeitsgemeinschaften geplant werden. Sie nehmen Euch mehr als sie Euch geben, indem sie eine allgemeine Preiserhöhung begünstigen, die Eure Lohnerhöhungen doppelt und dreifach verschlingt.

Der Kampf gegen Teuerung, Steuerdruck und Lohndruck kann nicht nur wirtschaftlich geführt werden. Er muß auch politisch ausgefochten werden, als **Kampf um Einfluß und Macht im Staate in der Richtung zum Sozialismus.**

Alle Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleingewerbetreibende und Kleinrentner, Männer und Frauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land, ganz gleich, ob und wo ihr politisch organisiert seid, **Ihr müßt gemeinsam kämpfen gegen den Kapitalismus!**

Der Kampf wird hart und schwer. Schon beginnt sich der Einheitsblock der kapitalistischen Parteien zu bilden, um den Einfluß des Proletariats zu brechen. Darum müssen auch im proletarischen Lager alle inneren Differenzen zurückgestellt, alle Kräfte zusammengefaßt werden zur

Einheitsfront des ganzen deutschen Proletariats!

Proletarier schließt die Reihen! **Vorwärts in den Kampf!**

Berlin, den 23. August 1921

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Wiedergutmachung

Eine wissenschaftliche Erhebung der Sozialisierungs-Kommission

Die Sozialisierungskommission hat in der Zeit vom 11. bis 16. Juli eine Sachverständigenvernehmung über die Wirtschaftsprobleme vorgenommen, die die Wiedergutmachungsforderungen der Entente aufgeworfen hat. Die Sozialisierungskommission war zu dieser Untersuchung durch die Erwägung veranlaßt worden, daß die außerordentlichen Leistungen, die durch die Annahme des Londoner Ultimatums der deutschen Volkswirtschaft auferlegt sind, die Tragfähigkeit unserer Wirtschaft in Frage stellen. Die Beantwortung dieser Frage ist naturgemäß von großem Einfluß für die Prüfung der Frage des Wirtschaftssystems selbst.

Die Kommission hat bei dieser Erhebung die grundsätzlichen und allgemein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Mittelpunkt der Erörterung gestellt. Geprüft wurde zunächst die Frage, wie die deutsche Wirtschaft durch Produktionssteigerung einerseits, durch entsprechende Gestaltung der Handelspolitik andererseits instand gesetzt werden könne, jene Ueberschüsse zu liefern, die die Entente beansprucht. Darauf folgte die Frage eines Eingriffs in die Substanz der Wirtschaft, um den Versuch zu ermöglichen, die Zahlungen auch während jener Uebergangszeit zu leisten, wo die Produktion noch nicht imstande ist, laufend die notwendigen Ueberschüsse zu liefern. Daran schloß sich eine Untersuchung der Steuerprobleme und der Währungsfrage.

Die Untersuchungen sind nun im Verlag von Hans Robert Engelmann in Berlin erschienen und liefern einen sehr wertvollen Beitrag zum Studium all der Fragen, die gegenwärtig im Vordergrund unserer Politik stehen. Die Sozialisierungskommission selbst hat erst in einer vorläufigen Erklärung zur Reparationsfrage Stellung genommen, in der sich die Mehrheit für die Erfassung der Steuer an der Quelle erklärt und die unmittelbare Anteilnahme des Reiches an den Erträgnissen in Industrie, Handel, Landwirtschaft und Banken für geboten hält. Wir haben den Wortlaut dieser Erklärung seinerzeit bereits veröffentlicht. (30. Juli, Morgenausgabe.)

Bevor wir auf den sachlichen Inhalt der Veröffentlichung eingehen, möchten wir ein paar Worte über die prinzipielle Bedeutung solcher Untersuchungen sagen. Es dürfte wohl allgemeine Uebereinstimmung darüber herrschen, daß die Zusammensetzung der Parlamente keine sichere Gewähr dafür bietet, daß komplizierte Wirtschafts- oder Verwaltungsfragen mit dem Maximum von Sachkenntnis, über die eine Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit verfügt, entschieden werden. Andererseits hat die soziale Entwicklung dahin geführt, daß im Gegensatz zu den frühliberalen Auffassungen über die Staatsaufgaben die Eingriffe der Gesetzgebung in die sozialen und Verwaltungsprobleme immer notwendiger, häufiger und einschneidender werden. Die Vorstellungen der klassischen liberalen Schule von der Eigengesetzlichkeit des Wirtschaftslebens und seiner völligen Befreiung von staatlicher Beeinflussung sind längst einer Wirklichkeit gewichen, in der das soziale Leben ohne weitgehende staatliche Regulierung gar nicht mehr denkbar ist.

So entsteht das Problem, auf welche Weise sich ein Parlament diese notwendige Sachkenntnis verschafft, um auf Grundlage der wissenschaftlichen Klarstellung der Probleme schließlich die politische Entscheidung zu fällen. Man hat in Deutschland nach der Revolution versucht, die Aufgabe dadurch zu lösen, daß man dem „politischen" Parlament ein sogenanntes Wirtschaftsparlament zur Seite stellte. Die reaktionäre Utopie, über die moderne kapitalistische Gesellschaft eine Vertretung sogenannter Berufsstände (von Handwerk, Industrie, Handel, Landwirtschaft und Arbeiterschaft) entscheiden zu lassen, war allerdings nie ernst zu nehmen. Man mußte sich also von vornherein darauf beschränken, dem sogenannten Wirtschaftsparlament nur eine begutachtende Tätigkeit zuzuweisen. Indem man es aber aus Vertretern der einzelnen Erwerbszweige zusammensetzte, hatte man eine Körperschaft, in der vor allem die einzelnen praktischen Privatinteressen und privatwirtschaftlichen Erfahrungen zur Geltung kommen. Eine Garantie für volkswirtschaftliche Sachkunde war damit ebensowenig gegeben wie im politischen Parlament.

Ganz anders verfuhr man in England. Das englische Parlament entscheidet große und wichtige Fragen auf Grund von sehr gründlichen Untersuchungen, die mit allen wissenschaftlichen Hilfsmitteln und mit allen Garantien der Unparteilichkeit unternommen werden. So sind von jeher über Fragen wie die des Geldwesens, der Bank- und Handelspolitik, aber auch der Lokalverwaltung oder Armengesetzgebung von dazu eingesetzten wissenschaftlichen Kommissionen umfangreiche Erhebungen und Untersuchungen veranstaltet worden, auf Grund deren dann jene Berichte ausgearbeitet wurden, die das ganze Material sichteten, zusammenfaßten und die möglichen Entscheidungen vorschlugen.

Das ist das Material, auf Grund dessen das englische Parlament seine Entscheidung fällt; zugleich stellen diese Untersuchungen außerordentlich wertvolle Quellen für das Studium der ganzen sozialen und politischen Verhältnisse Englands dar.

Wir haben de mnichts Aehnliches an die Seite zu stellen, obwohl die Kompliziertheit und Schwierigkeit der Probleme, die uns heute zur Lösung gestellt sind, solche Untersuchungen dringend erforderlich machen. Der Reichswirtschaftsrat ist infolge seiner Zusammensetzung dafür kein Ersatz. Es ist bezeichnend, daß er sogar selbst ein Bedürfnis nach solchem Vorgehen empfindet, denn dieses „Sachverständigen-Parlament", das vielmehr zu einem großen Teil eine Körperschaft von Interessenten ist, sieht sich selbst oft genötigt, weitere Sachverständige zu vernehmen. Nur erfolgen diese Untersuchungen ganz unsystematisch, zersplittert, je nach den Wünschen und Bedürfnissen der einzelnen Ausschüsse und ohne jene umfassende Gründlichkeit und Systematik, die den englischen von Regierung und Parlament eingesetzten Kommissionen ihre weitgehenden Befugnisse und ihr großer Apparat gestattet. Das schlimmste ist, daß die Enqueten des Reichswirtschaftsrats fast völlig unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden, und so höchstens zur Information einzelner Ausschußmitglieder dienen. Jene große Erziehungsarbeit der öffentlichen Meinung, wie sie durch die in voller Oeffentlichkeit vorgenommenen Enqueten in England ausgeübt wird, jener Zwang zur Sachlichkeit der dadurch der Presse und der politischen Diskussion auferlegt wird, geht deshalb völlig verloren.

Die Untersuchungen der Sozialisierungskommission stellen einen Anfang und einen ersten Versuch dar, wissenschaftliche Grundlagen zur Entscheidung wirtschaftspolitischer Fragen zu geben. Ein erster Versuch, mit vielen Mängeln eines solchen. Sie beruhen vor allem darauf, daß die persönlichen und materiellen Mittel der Kommission weit beschränkter und mit denen der englischen Kommissionen gar nicht zu vergleichen sind. Dazu kommt, daß infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit und infolge des kurzen Zeitraume, die für die Vorbereitung zur Verfügung stand, eine Reihe von Vernehmungen noch nicht stattgefunden haben, die zur Vervollständigung der Untersuchungen notwendig sind.

Trotzdem kann gesagt werden, daß bereits der vorliegende Band sehr wertvolles Material zur Klärung, vor allem auch der Steuerfrage, darbietet. Darüber soll in einem nächsten Artikel gesprochen werden.

Der deutsch-amerikanische Vertrag gesichert

Annahme der Bedingungen in Amerika

Nach einer Meldung aus Washington hat die Mehrheit der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten die Bedingungen des Friedens zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland im Verlauf einer Unterredung mit dem Präsidenten Harding gebilligt. Die Ratifikation des Friedensvertrages ist also gesichert, da in Amerika wohl nur noch Formfragen zu erledigen sind, und auch der deutsche Reichstag einer schnellen Erledigung dieser Frage keine Schwierigkeiten bereiten wird.

Inzwischen ist in Wien bereits der Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Oesterreich unterzeichnet worden. Auch durch diese Tatsache wird die von uns wiedergegebene pessimistische Auffassung des amerikanischen Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung", wonach die Ratifikation des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages sich noch geraume Zeit hinziehen werde, widerlegt, denn es ist kaum anzunehmen, daß die Fertigstellung des Friedensvertrages bei uns größere Hemmungen finden wird, als in Oesterreich.

Befriedigung in Oesterreich

Wien, 24. August.

Das Telegraphische Korrespondenzbureau teilt mit: Der Wortlaut des heute unterzeichneten Friedensvertrages zwischen Amerika und Oesterreich, der auf der bekannten vom amerikanischen Kongreß angenommenen Friedensresolution beruht, wird nach seiner Ratifizierung durch die verfassungsmäßigen Faktoren amtlich verkündet werden. Wie die österreichische Regierung begrüßt auch die öffentliche Meinung die tatsächliche Herbeiführung des Friedensabschlusses und die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen mit der großen amerikanischen Republik, die seit dem Waffenstillstand **so viele Beweise ihres Wohlwollens und ihrer menschenfreundlichen Gesinnung gegeben hat, mit großer Befriedigung.** Mit Genugtuung wird auch die Tatsache zur Kenntnis genommen, daß dieser Friedensschluß, der für die gedeihliche Entwickelung der Republik notwendig war, **dank der Initiative der amerikanischen Regierung** und der entgegenkommenden Haltung ihres Vertreters in Wien ermöglicht wurde.

Die Berichterstattung im Völkerbundsrat

Paris, 24. August. (Havas.)

Infolge der Weigerung des spanischen Botschafters Quinones de Leon wird Vicomte Ishii selbst vor dem Völkerbundsrat in der oberschlesischen Frage Bericht erstatten.

Vorbereitungen für Wiesbaden

Paris, 24. August.

Loucheur ist heute vormittag nach Paris zurückgekehrt. Er hatte eine Besprechung mit Briand über die Fragen, die mit den Reparations- und Sachleistungen zusammenhängen und die Gegenstand der Verhandlungen in Wiesbaden bilden werden. Loucheur wird wahrscheinlich morgen von Paris abreisen und am 25. d. M. vormittags in Wiesbaden eintreffen.

Die Hilfe für Rußland

Die autonomen Hilfskomitees in Sowjetrußland

OE. Terijoki, 24. August.

Die erste Nummer der vom Moskauer autonomen Hilfskomitee mit Genehmigung der Sowjet-Regierung herausgegebenen Zeitschrift „Die Hilfe" ist erschienen und enthält außer Mitteilungen über die Tätigkeit des Komitees und die Lage in den Hungergebieten, noch Artikel, worin der Standpunkt der Begründer des Komitees zu den allgemeinen Fragen der Hilfsaktion dargelegt wird. Das Hilfskomitee entfaltet eine rege Organisationstätigkeit und hat seine Vertreter nach den Hungergebieten entsandt. An Spenden sind dem Komitee bisher 58 Millionen Rubel in Geld und für etwa 300 Millionen Rubel Lebensmittel und Bedarfsartikel zugegangen. Zum Zweck der Geldmittelbeschaffung plant das Komitee Ausstellungen russischer Kunst im Auslande und eine große Konzertreise erster russischer Künstler durch Europa und Amerika. Wie verlautet, geht die Tätigkeit des Komitees bisher ohne Reibungen mit der Sowjet-Regierung vonstatten, obgleich gewisse Strömungen in den leitenden Kommunistenkreisen dem Komitee feindselig gegenüberstehen. Auffallenderweise hat indessen die bereits Anfang August gewählte Auslandsdelegation des Komitees ihre Reise noch nicht angetreten.

Auch das Petersburger autonome Hilfskomitee gibt ein eigenes Presseorgan heraus; der Redaktion gehören, außer dem Schriftleiter der Petersburger „Krasnaja Gazeta" Kusmin, noch mehrere bürgerliche Journalisten an. Das Petersburger Komitee soll die Hilfstätigkeit in den nördlichen und in einem Teil der westlichen Gouvernements vereinheitlichen. — Die Schriftleitung der Moskauer „Iwestija" läßt demnächst zum Zweck der Geldsammlung für die Hilfsaktion ein einmaliges Extrablatt in 500 000 Exemplaren erscheinen, das für 2000 Rubel des Exemplars verkauft werden soll. Anzeigen sollen zum Preise von 5—10 000 Rubel die Zeile abgedruckt werden.

Der Verfall des Donez-Beckens

O.E. Terijoki, 24. August.

Die Sowjetpresse weist auf den drohenden Untergang des Donez-Kohlenbeckens hin. Die letzten Schächte ersaufen. Die Kohlenausbeute sei im Juli auf 9 Millionen Pud (1 Pud gleich 16,38 Kilogramm) gesunken. Im Juni besserte sich die Ausbeute noch auf 18,2 Millionen Pud gegen etwa 33 Millionen Pud im März d. J. Infolgedessen drohe angesichts des Ausbleibens von Heizmittellieferungen aus dem Auslande ein völliger Zusammenbruch des Eisenbahnverkehrs. Daher vertritt die Presse die Ansicht, daß die baldige Belieferung Rußlands mit Auslandskohle noch wichtiger sei als die Lebensmittelzufuhr, weil sonst im Winter eine Katastrophe zu gewärtigen sei.

Der Krieg in Kleinasien

Die griechischen Kriegsziele

Athen, 24. August.

Kriegsminister Theotokis hat vor Pressevertretern Erklärungen über die Ziele abgegeben, welche mit der Wiederaufnahme des Feldzuges verfolgt werden: Wir wollen auf Angora marschieren, nicht etwa, um uns dort festzusetzen, sondern um **Sachunterpfänder zu haben** gegen den Einfall jedes Aufrührers, der gegen die Entscheidung Europas angehen will. Die Griechen sind von den Türken zu diesem Krieg gezwungen worden; die Türken halten weder den Vertrag von Sèvres, noch die Bestimmungen des Waffenstillstandes. Ein neuer Friedensvertrag wird also den **Opfern Rechnung tragen müssen,** die das griechische Volk hat auf sich nehmen müssen, um den türkischen Widerstand zu brechen.

Der Kriegsminister schätzt die nationalistischen Streitkräfte in Anatolien auf etwa 64 000 Mann. Er gab zum Schluß der Ueberzeugung Ausdruck, daß bei dem jetzigen Erfolg des Vormarsches die **militärischen Operationen in etwa einem Monat zu Ende geführt sein werden.**

Die Ausführungen des griechischen Kriegsministers erinnern an die Kriegsziele, die während des Weltkrieges in Deutschland aufgestellt worden sind. Auch hier wollte man nur „Bürgschaften" oder, wie sie jetzt in Griechenland genannt werden, „Sachunterpfänder" haben, um dahinter die Absicht zu verstecken, fremdes Gebiet zu annektieren und sich die wirtschaftliche Ausbeutung des geschlagenen Gegners zu sichern. Wilhelm von Amerongen hat vor einigen Tagen den Griechen zu ihren militärischen Erfolgen gratuliert; die Bemerkungen des griechischen Kriegsministers über seine Kriegsziele zeigen die innige Ideengemeinschaft der wilhelminischen Eroberungspolitik mit den Absichten der griechischen Regierung.

Der türkische Heeresbericht

Paris, 24. August.

Nach einer Havasmeldung aus Angora meldet der türkische Heeresbericht: An der Westfront nähern sich feindliche Abteilungen unseren Stellungen. Im Abschnitt Afjun-Karahissar sind unsere Truppen, nachdem sie die dort befindlichen feindlichen Streitkräfte zurückgeworfen hatten, in Tschobanlar eingerückt.

Sturmlauf gegen die Höchstmieten

Hauptausschuß des Preußischen Landtages

In der Sitzung des Hauptausschusses des preußischen Landtages am Mittwoch zog bei Beratung des Etats des Wohlfahrtsministeriums der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Abg. Engberding, gegen das Höchstmietengesetz zu Felde, weil dieses Gesetz die private Bautätigkeit ganz beendet habe. Er beantragte, dafür Sorge zu tragen, daß das Reichsmietengesetz alsbald in Kraft trete, daß bis dahin aber die Mieten so erheblich **erhöht werden müßten, daß dem Hausbesitz unter allen Umständen eine „angemessene" Verzinsung seines Kapitals garantiert werde.** Dagegen forderte er gleichzeitig Zuschüsse an den privaten Hochbau; außerdem, daß so entstandene Häuser gesetzlich befreit bleiben sein sollen von der Grund- und Gebäudesteuer sowie von der Wohnungsluxussteuer.

Bezeichnend für die Arbeiterfreundlichkeit dieser Partei ist es, daß Herr Engberding die gemeinnützigen Bauproduktivgenossenschaften und die Heimstättengesellschaften — also Arbeiterunternehmungen — als die **größte Gefahr für den Mittelstand** und den Kleinhandwerker bezeichnete. Er verlangte, daß das Ministerium diese gemeinnützigen Baugesellschaften aus staatlichen Mitteln nicht unterstützen solle.

Ministerialrat Dr. Gottstein erklärt, daß die Forderung der Unabhängigen, sowohl den Landesgesundheitsrat wie die Beiräte für die Alkohol- und Ernährungsfragen mit Laien zu besetzen, erfüllt werden soll. Auch Vertreter der Naturheilvereine sollen hier die Gelegenheit finden, auf Grund ihrer Erfahrungen am Volkswohl mitzuarbeiten. Die zehn Abteilungen des Landesgesundheitsrates werden danach zur Hälfte aus Sachverständigen und zur anderen Hälfte aus Laien bestehen. Auch den unabhängigen Antrag, die Anzeigepflicht bei tuberkulös Erkrankten einzuführen, nahm die Regierung vorbehaltlos an, ebenso die Erhöhung der **zur Bekämpfung der Tuberkulose bestimmten Summe von einer auf fünf Millionen.** Die Zulassung von Vertretern der natürlichen Heilweise in den Landesausschuß für hygienische Volksaufklärung soll ebenfalls befürwortet werden. Gegenüber einer Aenderung der Ehrengerichtsbarkeit der Aerzte verhielt sich die Regierung ablehnend.

Abg. Dr. Beyer (Sozialdem.), der beruflich als Regierungsrat im Wohlfahrtsamt tätig ist, trat mit großem Nachdruck für die Aufhebung der Ehrengerichtsbarkeit und auch für unseren grundsätzlichen Antrag auf Sozialisierung der ärztlichen Heiltätigkeit ein, während das Zentrum durch den Mund des Abg. Kloft den eigentümlichen Standpunkt vertrat, die Frage der Aufhebung der ärztlichen Ehrengerichtsbarkeit gehöre vor den Rechtsausschuß, weil dort die Juristen die geeigneten Sachverständigen für diese Frage seien.

Zum Schluß gab es noch einen **Konflikt zwischen der rechtssozialistischen Fraktion und der Staatsregierung,** die noch weitere Folgen haben dürfte. Abg. Krüger (S. P. D.) protestierte gegen den Versuch des Ministerialdirektors Gottstein, den Abgeordneten Beyer aus seiner Stellung als Regierungsrat im Wohlfahrtsministerium einen Strick zu drehen. Er kündigte an, den Ministerialdirektor bei der Abstimmung das Gehalt zu sperren. Genosse Dr. Weyl schloß sich den Ausführungen Krügers gegen die Mundtotmachung eines Abgeordneten mit allem Nachdruck an.

Die Debatte wird heute fortgesetzt.

Staatsmittel zur Förderung des Wohnungsbaues

Der Amtlich-Preußische Pressedienst schreibt: Der Preußische Landtag hat in einer seiner letzten Sitzungen vor den Ferien beschlossen, die Staatsregierung zu ermächtigen, den Gesamtbetrag der nach dem Reichsgesetz vom 12. Februar 1921 für die Rechnungsjahre 1921 und 1922 aufzuwendenden Beträge zur Förderung des Wohnungsbaues noch in diesem Jahre zur Verfügung zu stellen. Danach steht jetzt in Preußen wieder ein Betrag von 550 Millionen Mark bereit, der zur Gewährung von Landesdarlehen für den Bau von Kleinwohnungen nach den bisher gültigen Grundsätzen verwendet werden soll. Mit der Verteilung der Mittel ist inzwischen begonnen worden. Dabei wird den besonderen Bedürfnissen und den Verhältnissen der einzelnen Regierungsbezirke und größeren Städte Rechnung zu tragen gesucht. Vor allem haben diejenigen Gemeinden Berücksichtigung gefunden, die durch die Last der Besatzung oder durch den Zustrom von Flüchtlingen zu leiden haben. Ein weiterer Teil der zur Verfügung stehenden Mittel ist für die landwirtschaftliche Siedlung zurückgestellt, ein anderer Teil soll einem Eisenbahner-Siedlungsfonds zugeführt werden, um die Durchführung des Bauprogramms der Eisenbahnverwaltung nach Möglichkeit sicherzustellen. Der Minister für Volkswohlfahrt hat inzwischen einen Ausführungserlaß an die Regierungspräsidenten ergehen lassen, der die Verteilung der Mittel im einzelnen regelt.

„Bald wieder Krieg“

Der „Frontkämpfertag“ im Stadion

Das Stadion war gestern nachmittag für viele Stunden ein nationalistischer Rummelplatz mit all jenen Volksbelustigungen, die bei solchen Gelegenheiten unentbehrlich sind. Trotzdem hat unsere Prophezeihung sich nicht erfüllt, es gab breite Flächen in dem riesigen Ring, die nur sehr spärlich besetzt waren. Umso mehr tummelte sich in der Arena, in der man grüne und reifere Jugend, Frontkämpfer, Baltikumer, Wichs-Studenten und Musik versammelt hatte. Wilhelm von Amerongen hatte für das herzlichste „Hohenzollernwetter“ und für ein Begrüßungstelegramm gesorgt.

Es war alles, alles da! Wie viele „gute Freunde“ haben wir wiedergesehen, wie hat uns der Anblick dieser wahren Völkerschau von Uniformen erhoben, mit welchem Entzücken lauschten wir diesen knarrenden, schnarrenden Kommandostimmen. Welch Schauspiel — aber ach, ein Schauspiel nur! Die Uniformen waren aus der Mottenkiste geholt und sind jetzt schon wieder dorthin gewandert. Nur Ludendorff behält seine gleich an, denn morgen spricht er ja zweifellos schon wieder irgendwo zugunsten der Frontkämpfer und — des französischen Chauvinismus.

Ja, Ludendorff war da, und das entschädigte einigermaßen dafür, daß Hindenburg es vorgezogen hatte, nicht zu erscheinen, wofür er vom „Nationalverband deutscher Offiziere“ gewiß eine ernste Rüge erhalten wird. Er war es, vor dem der Vorbeimarsch stattfand. Als erster der „Frontkämpfer“, an der Spitze des ganzen Zuges aber marschierte — Prinz Eitel Friedrich! Das Publikum bewies eine bewunderungswürdige Disziplin: kein Mensch lachte über den dicken Schieber-Prinzen, der sich da als „Frontschwein“ aufspielte. — Im übrigen war der Parademarsch großartig; wenn es damit allein zu machen wäre, könnte der neue Krieg schon morgen beginnen. Auch das „Hurrah-Schreien“ ist immer noch furchterregend. Besonders die Kadetten zeichneten sich darin aus.

Der ernstere Teil der Sache begann mit der Rede des Generalmajors v. d. Goltz. Sie zeigte vor allem, welche merkwürdige Auffassung man in diesen Kreisen von dem „unpolitischen“ Charakter einer Feier hat. Die Goltzschen Tiraden waren eine einzige Verunglimpfung der Republik und ihrer Einrichtungen. Von ihnen behauptete der famose Baltikumer z. B., daß überall ein neuer Geist eingezogen sei, nur im Auswärtigen Amt nicht, denn das habe „alle die widerlichen Eigenschaften des neuen Deutschlands“ schon vorher besessen. Es fehlten weder die „Erzballunken“, die den Waffenstillstand und den Frieden unterzeichnet haben, noch die Dolchstoß-Legende, auch der Herr „Zivil-Reichswehrminister“, der „nie an der Front war“, bekam allerhand zu hören, was sich „unsere Machthaber hinter die Ohren schreiben sollen“. Ihm fehle der Offensivgeist, aber die alten Scheiben sollen“. Ihm fehle der Offensivgeist, aber die alten Frontkämpfer hätten dafür zu sorgen, daß baldigst ein

Ersatz für die allgemeine Wehrpflicht

geschaffen werde. „Ohne Tanks, Flieger und Artillerie können wir keinen Freiheitskrieg führen, aber gegen die Polen und Bolschewisten unser Vaterland zu schützen, sind wir Frontsoldaten jeden Augenblick bereit.“

Anscheinend war einem Teil der Zuhörerschaft auch der Kampf gegen „Polen und Bolschewiken“ noch zu gewagt, sie wollten an ihrer Stelle lieber die Juden bekämpft sehen. Aber der General blieb bei seinem Programm. Ritterlicherweise nannte er die Franzosen „ein Volk, dem körperlicher und geistiger Schmutz in besonderem Maße eigen ist“. Lange dürfe die Knechtschaft durch solche und andere Feinde nicht dauern,

spätestens die nächste Generation

müsse in der Lage sein, den Befreiungskrieg zu führen. Freilich vergaß der General, auch jenes schöne Bekenntnis auszusprechen, das in seinem Manuskript stand: „Man hat uns Barbaren genannt. Leider waren wir es nicht, sondern unsere Politiker waren Waschlappen oder Verräter. Niemand wird ihm bestreiten, daß er selbst dem Ideal des Barbarentums nicht allzu fern steht.

Nach der Rede des Grafen Goltz sang man erst „Deutschland, Deutschland über alles“, später „Heil dir im Siegerkranz“. Dann aber forderte das versammelte Kriegs- und Zivilvolk stürmisch, daß Ludendorff rede. Er zierte sich erst wie ein alter Komödiant, dann sprach er ein paar recht nichtssagende Sätze, in denen die Worte „Disziplin“ und „Preußen“ die Hauptrolle spielten. Und die große Herde jubelte ihrem Verderber zu....

Den Arbeitern wird es interessant sein, zu hören, daß Graf Goltz von ihnen meinte, die meisten seufzten innerlich über die „faiserlose, die schreckliche Zeit“. Die Vertreter des „Nationalen Gewerkschaftskartells“, ungefähr 20 Mann hoch, schrien „Sehr richtig!“ Diese zwei Bäckerdutzend repräsentierten die „Arbeiterschaft“ unter den Frontkämpfern.

Alles in allem, ein Rummel! Aber wie jeder Rummel nicht ohne seine ernste Seite. Ueberall wird in dieser Weise der Nationalhaß aufgepeitscht und zum künftigen Krieg gehetzt. Wir wissen aus den Augusttagen 1914 und aus den Kapptagen, wie schnell eine Atmosphäre geschaffen ist, in der die Zündstoffe zur Explosion kommen. Möge die Arbeiterschaft stets die kalte Spritze in Bereitschaft halten, mit der die Zornesglut wildgewordener Kriegshetzer von Zeit zu Zeit nachdrücklich gelöscht werden muß.

So muß es kommen!

Die Justiz schützt die Orgesch

Wir hatten in unserer Montagsausgabe eine Meldung des Wolffschen Bureaus wiedergegeben, nach der es bei der **Fahnenweihe des Vereins „Stahlhelm“ in Groß-Salze** bei Schönebeck an der Elbe zu Zusammenstößen zwischen den Orgeschleuten und Demonstranten mit roten Fahnen gekommen sei. Wir erinnerten bei dieser Gelegenheit daran, daß dieser Verein „Stahlhelm“ zu jenen militaristischen Organisationen gehört, die von der Regierung eigentlich verboten sind und nahmen an, daß der Zwischenfall von Groß-Salza die Regierungsstellen **endlich zur Erfüllung ihrer Pflicht gegenüber der Orgesch veranlassen werde.**

Es scheint aber so zu kommen, wie man es bei unserer Justiz eigentlich nicht anders erwarten darf: nicht gegen die Häuptlinge der Orgesch wird etwas unternommen, man hört auch nichts davon, daß der Verein „Stahlhelm“ endlich aufgelöst wird, sondern nach einer Meldung aus Magdeburg ist der **unabhängige Stadtrat Karsten in Groß-Salza „unter dem Verdacht der Rädelsführerschaft bei dem Ueberfalle anläßlich der „Stahlhelm“-Feier verhaftet worden“.**

Wenn die Regierung glaubt, daß sie auf solche Weise ihrer Verantwortung für die Duldung der verbotenen Selbstschutzorganisationen entziehen kann, so dürfte sie sich gründlich irren. Wir verlangen, daß **gegen die wirklichen Rädelsführer mit aller Energie durchgegriffen** und daß nicht gegen diejenigen vorgegangen wird, denen die Reierung eigentlich zu Dank verpflichtet wäre.

Wir erinnern jetzt erneut daran, daß **auch der schlesische Selbstschutz noch längst nicht aufgelöst ist.** Auf den Gütern der schlesischen Magnaten findet man dessen Angehörige noch heute in Massen. So beherbergen beispielsweise die **Walddörfer des Grafen Schaffgotsch**, die nur wenige Meter von der tschechisch-slowakischen Grenze entfernt sind, **ganze Formationen des angeblich aufgelösten Selbstschutzes.** Unter der Maske „oberschlesischer Flüchtlinge“ reisen die Selbstschutzleute im Lande herum und eine kürzlich erlassene offiziöse Warnung davor, ihnen Unterstützungen zu gewähren, dürfte mehr dem Zwecke gedient haben, den Hintergrund dieser verdächtigen Reisetätigkeit zu verbergen.

Vielleicht klärt die Regierung die Oeffentlichkeit auch darüber auf, aus welchen Gründen **Berliner Sipo in kriegsmäßiger Ausrüstung nach Schlesien geschickt** wird. Die Polizeibeamten sind zum großen Teil nicht begeistert darüber, daß sie in solche kriegerische Vorbereitungen verwickelt werden, und sie meinen, daß sie sich lediglich für den eigentlichen Polizeidienst verpflichtet hatten. Ein Hauptmann der zum Abtransport bestimmten Abteilung scheint allerdings anderer Auffassung zu sein, denn er sagte den Beamten: „Wenn wir in Oberschlesien durch kleine Dörfer marschieren, dann singen wir alle: „Deutschland, Deutschland über alles!“ Daraus kann man schließen, welchen Erwartungen sich die Führer der Sipo hingeben!

Die Gelder der Unterstützungskommission

Generalversammlung der Berliner Betriebsräte

Eine Generalversammlung der Delegierten der Betriebsräte von Groß-Berlin befaßte sich am Dienstag abend mit der Angelegenheit der Gelder der Berliner Unterstützungskommission. Es handelte sich darum, ein einwandfreies Bild von den in der Presse erörterten Vorgängen zu gewinnen, und man hätte annehmen müssen, daß alle daran Beteiligten sich in dem Wunsche vereinigt hätten, diese im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung liegende Klarstellung herbeizuführen. Von Anfang an aber zeigte sich, daß die kommunistischen Wortführer dieses Interesse nicht haben. Ihr schlechtes Gewissen trieb sie dazu, zuerst die Zuständigkeit der Betriebsrätevversammlung zu bestreiten, und dann gegen den Antrag zu stimmen, wonach der Betriebsrätevversammlung eine genaue Abrechnung vorgelegt werden soll. Damit bewiesen sie, daß sie sich mit allen Mitteln der Kontrolle der Berliner Arbeiterschaft zu entziehen suchen. Das ergab sich auch aus der Debatte. Anstatt sich in der Hauptfrage zu rechtfertigen, mit welchem Recht die beiden kommunistischen Treuhänder bereits Ende November 1920 hinter dem Rücken des dritten Treuhänders die Gelder der Unterstützungskommission nach einer anderen Bank verschoben haben, Barth acht Monate lang hinters Licht führten und inzwischen eigenmächtig einen großen Teil der Gelder nach eigenem Gutdünken verausgabten, traten die Richard Müller, Eckert usw. mit persönlichen Verunglimpfungen gegen Emil Barth auf und kehrten den Spieß um, indem sie die Aufmerksamkeit auf eine Angelegenheit abzulenken suchten, die, wie das kurzfristige Bürgschaftsersuchen an den Freiheit-Verlag, mit der ganzen Sache nicht das geringste zu tun hat.

Der Ausgang der Versammlung zeigt aber, daß die Betriebsräte in ihrer großen Mehrheit trotz der Verdrehungskünste und des Pathos der kommunistischen Redner die völlige Klarstellung der dunklen Angelegenheit anstreben. Es muß die Erwartung ausgesprochen werden, daß sie bei dieser Untersuchung sich an den Kern der Sache halten und sich nicht in andere Bahnen ablenken lassen. — Wir lassen nunmehr den Bericht über die Versammlung folgen:

Genosse Barth gab den Bericht über die Angelegenheit der abgehobenen Unterstützungsgelder. Er rechtfertigte in durchaus sachlicher Weise die Veröffentlichungen in der „Freiheit“ und im „Vorwärts“. Nachdem auf der Bank von etwa 300 000 Mark nur 230 Mark vorhanden gewesen seien, sei die Anrufung der Oeffentlichkeit notwendig gewesen. Nach der Veröffentlichung in den beiden Zeitungen habe das Polizeipräsidium sich bei ihm über die Angelegenheit erkundigt und ganz objektiv habe er die Sachlage geschildert. Später seien dann einige Verhaftungen erfolgt. Der Referent erörterte dann die Abrechnungen des roten Vollzugsrates. Ueber 45 000 Mark, die Baer auf einem Bankbuch gehabt habe, und die angeblich dem Vollzugsrat gehören sollten, seien nirgends Belege zu finden, ebenso seien über 144 000 Mark aus der Abrechnung der Unterstützungskommission keine Belege vorhanden. Er glaube nicht, daß sich die Beteiligten persönlich bereichert hätten. Ueber die Sammlungen für die streikenden Angestellten in der Metallindustrie werden die verschiedensten Gerüchte in den Betrieben verbreitet. Wenn von dem Vollzugsrat behauptet wird, daß nur 50 000 Mark Sammelgelder eingegangen seien, so würde auf der anderen Seite von den Arbeitern in den Bergmann-Werken erklärt, daß von ihnen allein 20 000 Mark abgeführt worden seien. Demnach müßten also mehr Gelder vorhanden sein. **Restlose Klarheit sei zu schaffen, damit die breiteste Oeffentlichkeit sehe, daß sich an den Geldern der Arbeiterschaft niemand bereichert.** Das Vertrauen der Berliner Arbeiterschaft für die Sammlungen der Notleidenden, wie jetzt bei der Rußlandhilfe, könne nur erhalten werden durch restlose Klarstellung der ganzen Angelegenheit. In strafrechtlicher Hinsicht sei nichts zu unternehmen, aber wenn die Gelder im Interesse der Arbeiterschaft ihren Zwecken zugeführt werden sollen, dann ist eine **Verständigung unbedingt notwendig.** Die Unterstützungskommission muß so zusammengesetzt werden, wie es im Mai in der Generalversammlung der Betriebsräte beschlossen worden sei, das heißt paritätisch aus je sieben Mitgliedern **der U. S. P. D., S. P. D. und V. K. P. D.** Diese Kommission hat dann ihren Vorstand und ihre Treuhänder zu wählen. Zu der Revisionskommission des alten Vollzugsrates müssen fünf Revisoren hinzugewählt werden. Alle Sammlungen und die ganze Angelegenheit müssen dann eine gemeinsame Nachprüfung erfahren. Es könnte auch eine Verständigung darüber erfolgen, daß die Gelder, die noch bei der früheren Zentrale vorhanden sind, der Rußlandhilfe überwiesen werden. Nur so kann die ganze Angelegenheit aus der Welt geschafft werden. Im übrigen sei **die jetzige Betriebsrätezentrale die Rechtsnachfolgerin der früheren Betriebsrätezentrale.**

Richard Müller (V. K. P. D.) wendet sich vor allen Dingen dagegen, daß die jetzige Betriebsrätezentrale die Rechtsnachfolgerin der alten Betriebsrätezentrale sei. Die Rechtssozialisten, die sich nicht nur an den Sammlungen nicht beteiligt, sondern sie sogar bekämpft hätten, dürften über diese Gelder kein Verfügungsrecht haben. Es könne nicht behauptet werden, daß Gelder fehlen, solange die Schlußabrechnung noch nicht vorhanden sei. Die Abrechnung über den Zeitraum April—Oktober 1920 werde noch erfolgen und über Verschiedenes Aufklärung bringen. Von den Sammlungen für die streikenden Angestellten der Metallindustrie sei noch eine Summe von etwa 23 000 Mark vorhanden. Unterstützungsgesuche seien wenig eingegangen.

Eckert (V. K. P. D.) wendet sich in persönlich gehässiger Weise gegen Genossen Barth. Die „Rote Hilfe“ habe keinen Pfennig erhalten. Niemals habe man den Standpunkt vertreten, daß die Gelder ihren Zwecken entzogen werden sollen. Die abgehobenen Gelder seien vielmehr sicher untergebracht.

Hildesheim vertritt die Ansicht, daß die jetzige Betriebsrätezentrale unbedingt die Rechtsnachfolgerin der Betriebsrätezentrale in der Münzstraße sei. Es sei Pflicht der Generalversammlung der Betriebsräte, Rechenschaft über die Unterstützungsgelder zu fordern.

Der Rechtssozialist Krüger vertrat denselben Standpunkt; auch er forderte im Interesse der „Rußlandhilfe“ eine restlose Klärung der Angelegenheit.

Nach dem Schlußworte von Barth gab Eckert die Erklärung ab, daß er und seine Freunde daran festhalten, daß nur die alte Unterstützungskommission sich mit der Angelegenheit zu befassen habe. Mit großer Mehrheit wurde folgende Resolution beschlossen:

„Die Delegierten der Generalversammlung der Betriebsräte sind unumstrittene Vertreter der Groß-Berliner Arbeiterschaft. Sie erwarten in einer der nächsten Generalversammlungen die Rechnungslegung des alten Vollzugsrates und gleichzeitig die Rechnungslegung der Unterstützungskommission.“

Tendenziöse Berichterstattung

Eine Erklärung der Spitzenverbände

Eine Berliner Lokalkorrespondenz hat über die zwischen der Regierung und den Vertretern der gewerkschaftlichen Beamten- und Arbeiterorganisationen stattgefundenen Verhandlungen einen ausführlichen Bericht veröffentlicht, der nicht nur ein sehr einseitiges Bild über den Gang der Verhandlungen gibt, sondern auch aus dem Grunde zu beanstanden ist, weil er zum Teil aus Kombinationen aufgebaut ist. So wird u. a. die sehr widerspruchsvolle Meldung gemacht, daß in den Kreisen der Gewerkschaften auf eine Verständigung gehofft wird, während es gleich in dem nächsten Satz heißt, daß bereits wieder der Plan aufgetaucht sei, die Beamten und Arbeiter über die Pläne der Regierung abstimmen zu lassen, um von dem Abstimmungsergebnis dann die weiteren Entscheidungen abhängig zu machen. Abgesehen davon, daß, wie wir schon festgestellt haben, in der Meldung ein innerer Widerspruch liegt, erscheint es doch ganz unglaublich, daß eine Gewerkschaft im gegenwärtigen Stadium der Bewegung mit der Frage sich beschäftigen soll. Alle Teilnehmer der Verhandlungskommission standen unter dem Eindruck, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen sind, sondern nur auf kurze Zeit unterbrochen sind, und darum erst unter allen Umständen das Endergebnis abgewartet werden muß.

Diese Feststellung genügt schon, um zu zeigen, wie tendenziös die Lokalkorrespondenz die Presse bedient. Soweit es sich um die Darstellung der bisher stattgefundenen Verhandlungen handelt, muß ausgesprochen werden, daß es sich weder um amtliche Mitteilungen, noch um solche der von den Gewerkschaften eingesetzten Preßkommission handelt. Leider hat, wie so oft, irgendein Verhandlungsteilnehmer, ohne dazu befugt zu sein, der Lokalkorrespondenz entsprechende Informationen gegeben. Wie wenig objektiv der unberufene Berichterstatter dabei vorgegangen ist, beweist auch folgender Satz: „Der Reichskanzler erklärte in einer kurzen Aussprache, daß die Regierung sich die Forderungen der Gewerkschaften nicht in allen Punkten zu eigen machen konnte. Dr. Wirth gab für den Entschluß der Regierung ausführliche Erklärungen ab, über deren Inhalt die Berichte schweigen.“ Auch in diesem Satze liegt ein großer Widerspruch, denn einmal wird gesagt, der Reichskanzler habe seine Erklärung in einer kurzen Aussprache behandelt, dann wird hinzugefügt, er habe für den Entschluß der Regierung ausführliche Erklärungen abgegeben. Um nun die ganze Angelegenheit sensationell zu gestalten, wird dann als besonders wichtig hingestellt, daß über den Inhalt dieser ausführlichen Erklärungen die Berichte schweigen. In Wirklichkeit war die Erklärung des Reichskanzlers sehr kurz. Sie beschränkte sich auf die Feststellung, daß wichtige Besprechungen stattgefunden haben, und daß eine weitere Verständigung mit der Reichsregierung und den Parteiführern nötig sei. Dieser kurzen Feststellung folgte dann noch die Bemerkung, daß die Regierung mit den Führern der Organisationen in Verbindung geblieben und die Verhandlungen am nächsten Tage in der Reichskanzlei fortsetzen will. Vor irgendwelchen geheimnisvollen Erklärungen ist also gar nicht die Rede.

Die für die Diätare in dem Bericht wiedergegebene Regelung hat inzwischen zur Folge gehabt, daß sich der Diätare eine starke Erregung bemächtigt hat, die in Zuschriften an die Verbände bereits zum Ausdruck kommt. Es fehlt nämlich in dem Bericht der Lokalkorrespondenz der Hinweis auf die Annahme der Ausgleichszulage. Es zeigt sich also, daß diese unverantwortliche Berichterstattung geeignet ist, das allergrößte Unheil unter den auf das Verhandlungsergebnis wartenden Arbeitern und Beamten anzurichten. Die ganze Aufmachung des Verhandlungsberichtes läßt fast den Schluß zu, als ob die Lokalkorrespondenz eine Organisation gegen die andere ausspielen will. Gegen diese Methode legt die Verhandlungskommission, die aus sämtlichen beteiligten Gewerkschaften gebildet ist, entschiedene Verwahrung ein, und sie bedauert lebhaft, daß ein Verhandlungsteilnehmer unter Hintansetzung seines Verantwortungsgefühles sich dazu hergegeben hat, die Presse in der von uns gekennzeichneten tendenziösen Weise zu informieren.

Im Namen der unterzeichneten Spitzenorganisationen angeschlossenen Verbände:

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund (AfA).
Deutscher Beamtenbund,
Deutscher Gewerkschaftsbund,
Gewerkschaftsring.

Parteitag der VKPD.

Jena, 24. August.

Heute morgen wurde die Debatte nach einigen weiteren Reden geschlossen, aus denen der Versuch Maslows, Levi und Klara Zetkin aus den Protokollen des Zentralausschusses Propaganda für die „Offensivtaktik“ nachzuweisen, zu bemerken ist. Heckerts Schlußwort war eine einzige Verteidigung Trotzkys. Dessen Thesen angreifen, hieße den Weltkongreß angreifen, der diese Thesen in der Kommission sorgfältig ausgearbeitet und im Plenum einmütig angenommen habe. Heckert versichert, daß Trotzky durch seine Voraussage einer Atempause der Revolution die Aktivität nicht lähmen, sondern vielmehr anspornen wolle.

Ernst Meyer feierte die Einmütigkeit der Partei, die in der Unterwerfung unter die Beschlüsse des Weltkongresses und der Billigung des Ausschlusses der Leviten sich zeige. An Klara Zetkin vermisse der Parteitag ein Urteil über die neueste Tätigkeit Levis, was die Angegriffene schleunigst damit entschuldigte, daß sie krankheitshalber diese Tätigkeit nicht habe beobachten können.

Die einander gegenüberstehenden Resolutionen der Zentrale und der Linken sind von der Redaktionskommission zu einer neuen zusammengekleistert worden. Die Abstimmung wird verschoben, da die Resolution noch nicht gedruckt war. Die Linke, vertreten durch die Berliner Delegation, unterstützt von einer großen Mehrheit des Parteitages, gibt dann dann eine scharfe Erklärung gegen die Ausfälle der Exekutive auf die „leeren Schreihälse“, d. h. die Linke, ab. Moskau wird sehr unverbrüchlich vor falschen Informationen gewarnt.

Aus der Erörterung über den Geschäftsbericht der Zentrale, den Pieck erstattet, war interessant der Widerspruch einzelner Redner gegen die Behauptung Pieks und Eberleins, daß die Märzaktion die Organisationen gestärkt habe. Die Resolution der Beschwerdekommission zeige, daß Moskau dringend von den deutschen Kommunisten fordere, ohne äußere finanzielle Hilfe auskommen, sodaß man sich schon mit der Notwendigkeit des Abbaues der Zuschuß erfordernden Organe vertraut mache.

Steeckers Referat über die nächste Aufgaben begann mit einer längeren nicht über Bekanntes hinausgehenden Zeichnung der wirtschaftlichen Lage.

Das dem Parteitag vorgelegte Steuerprogramm sei ein Produkt der U. S. P. Die Erfassung der Goldwerte sei undurchführbar. Es müsse die Einstellung der Zinszahlung für die Staatsschulden gefordert werden, dazu eine Aufwandssteuer und die Freilassung aller Einkommen bis 24 000 M. und Vermögen bis 100 000 M. In der Diskussion wurde die Erfassung der Goldwerte als „verkappter Staatskapitalismus“ abgelehnt.

A. Wertheim Billige Wirtschaftsartikel

Bohnenschneider 17,50
Tellerwagen 24,50
Fruchtpressen Alexanderwerk 90 M
Tomatenpresse ...... 35 M
Brotschneidemasch. 25 M
2 Gasplätten (vernickelt) mit Erhitzer 63 M
Gaskocher 2 Loch ..... 63 M
Dreifüße schwere, zum Schuhmachen 14,50
Kaffeesiebe ..... 75 Pf. 90 Pf.
Schöpfkellen verzinnt ... 1,25
Kaffeetrichter .. 75 Pf. 1,10
Durchschläge Weißblech . 3,50
Bürstenbleche 2,50
Springformen ... 3,25 5,75
Kastenformen Weißblech 3 M 8,50
Reißränder 5,50
Brotbüchsen lackiert .... 27 M
Kaffeeröster 5,75
Butterbüchs. Emaille 75 Pf. 95 Pf.
Reibemaschinen Billiges Angebot, emailliert 15 M 18,50
Blechlöffel für die Küche . 30 Pf.
Zwiebelschneider Neuheit, praktisch 22,50

Einkoch-Apparate mit Gasheizung ... 85 M

Wirtschaftsmaschinen für Haushalt und Hotelbetrieb erstklassige Fabrikate

Isolierflaschen ½ Liter mit Alum.-Bech. 13,50
Teesiebe Aluminium 80 Pf. und 95 Pf.
Suppenschöpflöffel Aluminium 4,50
Obstkorb vernickelt mit Fayence-Einlage 18,50
Stielkasseroll. Aluminium 9,75 20,50
Schaumlöffel Aluminium .. 6,75
Durchschläge Aluminium 9 bis 12 M

Tischmesser Aluminium 4,75
Gabeln Aluminium .... 95 Pf.

Eisschränke i. Preise bedeut. herabgesetzt

Eßlöffel Aluminium ... 80 Pf.
Teelöffel Aluminium .. 60 Pf.

Tee-Eier Aluminium 2,25
Tortenplatten mit vernickeltem Rand . 28 M 32 M
Glasuntersetzer mit vernick. Rand u. Fayence-Einlage 4,75 5,25
Rasierapparat in Kart. versilb., 3 Kling. 13,50
Gemüsemesser 45 Pf. bis 2,50
Dessertgabeln Alpaka gemustert 4,50

Emaillewaren

Kaffeekannen weiß 3,95 bis 13,50
Schüsseln grau, flach 3,75 bis 7,25
Schüsseln weiß, flach 10,75
Kehrschaufeln weiß, gestanzt ... 8,75
Schöpflöffel grau .. 1,75 bis 3,50
Schaumlöffel grau . 1,75 bis 3,25
Gemüselöffel grau .... 95 Pf.
Fischheber grau 2,25
Kasserollen flach mit Stiel oder 2 Griffen . 8,75 bis 15,50
Maschinentöpfe mit Henkel .... 2,25 bis 8,75

Milchkannen .. 7,75 bis 11,75
Waschbecken oval, grau .. 8,25
Durchschläge mit Stiel 4,75 5,75
Wasserkrüge konisch, grau 13,50
Essenträger mit Bügel ... 3,90
Kummen .... 95 Pf. 1,65
Schmortöpfe blaue, m. Deck. 19,50
Schmortöpfe braune, Ia Qualität ... 12,75 bis 20 M
Schmortöpfe braune, m. Ring, Ia Qualit. 18,50 u. 21 M
Ringtöpfe grau 12,50

Fleischtöpfe gestanzt 13 M 16,50
Kasserollen gebaucht, mit 2 Griffen . 2,75 bis 9,25
Kasserollen flach mit Stiel oder 2 Griffen 2,75 bis 7,75
Wannen grau, oval 35 M bis 48 M
Eimer grau, 28 cm 11,50
Eimer weiß, 28 cm 18,50
Eimer verzinkt, 30 cm ..... 16 M
Waschtöpfe verzinkt mit Einlage und Deckel 69 M bis 94 M
Stahlblechpfann. mit Holzstiel .... 8,75 bis 15 M

Besen Roßhaar gemischt .... 12,..
Handfeger Roßhaar gemischt 7,..
Roßhaarbesen poliert ... 19,..
Handfeger Roßhaar, poliert 11,..
Schrubber ...... 3,90 bis 7,..
Straßenbesen .... 3,..
Blankbürsten ... 1,45 bis 2,..
Schmutzbürsten ..... 1,..
Auftragebürsten 40 Pf. bis 1,..
Teppichkehrmasch. 137,..
Gardin.-Spanner Hochsteller 140 M
Vorratsschränke von 350,..
Aufwaschtische .... 375 M
Obstdörrer ..... 80 Pf. 1,..
Waschbretter Holz .... 2,..
Kaffeemühlen im Blech 22 b. 29,..
Gurkenhobel .. 4,50 bis 18,..
Krauthobel .... 13,..
Krautfäßer ... 30 M bis 40 M
Tabletts mit Linoleum-Einlage 12,..
Badewannenvorleger 9,..
Eierkisten .... 4,50 6,..
Stehleiter 6-8 Stufen 27,50 37,..

Eiserne und transportable Kachelöfen-Herde in modernen Ausführungen

Anschluß-Waschtische aus Marmor in verschiedenen Ausführungen u. Preislagen nur Leipziger Str.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
Sommerdirektion
7½ Uhr: **Der Opernball**

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 Uhr: **Kean**
Kammerspiele
7½: **Potasch u. Perlmutter**
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 Uhr: **Die Weber**
(7. Abteilung, 4. Abend)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Notruf
Drama v. Herm. Sudermann

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
DAS Milliarden SOUPER

Komödienhaus:
Allabendlich 7.30 Uhr: **Der blonde Engel**

Theater am Nollendorfplatz
8 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

7½ Uhr **Residenz-Theater**
Paul Wegener, Irene Triesch
in **Totentanz**

Trianon-Theater
8 Uhr: Ida Wüst in
Die große Leidenschaft

Kleines Theater
8 Uhr: Hansi Neustädt in
Der Dieb (Le voleur)

Komische Oper
Gastspiel: Alfred Böttner
7½ Uhr: **Der fidele Bauer**

Rose-Theater
8 Uhr:
Jugend

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Die Scheidungsreise

7½ **Casino-Theater** 7½
Exzellenz Maxe
Sonntag 3½: Mittelstreich

Behrenstraße 54.
7½ Uhr!
Das sensationelle Saison - Eröffnungs-Programm.

7½ **Apollotheater** 7½
Friedrichstraße 218
Internat. August-Programm
:-: **Opium-Träume** :-:
Eine Hongkonggeschichte mit 24 Damen
Sowie 10 Sensationen

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7/9
Internationale
Ringkampf-Konkurrenz
Varieté

Theat. a. Kottb. Tor
Tel. Moritzplatz 3077
Täglich 7½ Uhr:
Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Vorvk. 11—1½ u. 4—8

Prismengläser und **Pistolen** kauft Kirstein, Linienstr. 50.

Kleider- Kostüme- Mantel- Stoffe
zu
Engros-Preisen
Cheviots reine Wolle v. 25,00 an
direkt an Private
Paul Mathes & Co.
Engros. Export.
Sendelstraße 32, I. Etage,
am Spittelmarkt.
Geschäftszeit von 9—6 Uhr.

Anzüge, Paletots, Ulster aus Ia Maßstoffen, eleganter Sitz, prima Roßhaar-Verarbeitung, selbst gefertigt, von 400 M. an. Herren-Anzüge, teils auf Seide, Wert bis 800 M., jetzt 300, 350, 400 M. Geh- und Sportpelze fabelhaft billig! Fahrrad-Vergütung — Keine Lombardware
kaufen Sie konkurrenzlos billig im Leihhaus Brunnenstr. 5

Zurück
Dr. Ewald Fabian
Zahnarzt
Uhlandstraße 52.

Das beste Geschenk zur Schulentlassung ist ein Buch

Wir empfehlen aus unserem Verlag folgende Schriften für die schulentlassene Jugend

Ins Leben hinein — Von Gg. Engelbert Graf Preis 8 Mark
Ueber See und Heide — Von Paul John Preis 8 Mark
Arbeiterjugend und sexuelle Frage — Von H. Hackmack Preis 2.50 Mark
Proletarierjugend und Theater — Von Gerhart Seger Preis 2.50 Mark
Stammt der Mensch vom Affen ab? Von Gg. Engelbert Graf. Ladenpreis 4 Mark
Jung und Alt in der proletarischen Jugendbewegung — Von Gg. Engelbert Graf. Ladenpreis 2.50 Mark
Eine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt — Von Hans Hackmack Ladenpreis 2.50 Mark

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“
Abteilung Buchhandlung
Berlin C 2 / Breite Straße 8/9

Arbeiter-Stenographen-Verein

Stolze-Schrey :: Groß-Berlin :: Gegründet 1909.

Neue Anfänger-Kurse beginnen:

Donnerstag, 1. Sept. 1921 abends ½8 Uhr. { **Strahmannstr. 6.** Gemeindeschule. **Weißensee, Wölkpromenade.** Gymnasium. **Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 209/10.** Gymnasium.
Freitag, 2. Sept. abends ½8 Uhr. { **Bremer Str. 13/17.** Gemeindeschule. **Mariendorf, Hauptstr.** Gymnasium.
Montag, 5. Sept., abends ½7—8 Uhr, **Schulstr. 90.** 77. Gemeindeschule.
Dienstag, 6. Sept. abends ½8 Uhr. { **Görlitzer Str. 51.** Gemeindeschule. **Lichtenberg, Kronprinzenstr. 10.** Gemeindeschule.

Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins!

Mit der Eröffnung obiger Kurse geben wir Euch wieder Gelegenheit, in einem Arbeiter-Stenographen-Vereine eine brauchbare Kurzschrift zu erlernen.
Im revolutionären Kampfe braucht Ihr nichts so notwendig, als geistige Schlagfertigkeit. Ihr übt diese und erweitert sie durch Erlernung der Stenographie, und erhaltet ein Mittel, eigene und fremde Gedanken niederzuschreiben, ehe sie entfliehen.
Anmeldung am besten am ersten Unterrichtsabend. Jede Woche am **gleichen** Tage Unterricht. Ende der Kurse Mitte Dezember. Das Unterrichtsgeld beträgt für Teilnehmer unter 18 Jahren 15 M., über 18 Jahre 18 M., einschließlich der Lehrmittel und ist **am ersten Abend** zu zahlen.
Schriftliche Anfragen beantwortet (Rückporto beifügen)

Alexander Urban, Schöneberg, Eisenacher Str. 64.

Wo gibts die billigsten Seifen bei Seifenschneider, Pücklerstrasse 44.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege der Mechaniker
Gustav Heller
Stahlstraße 19, am 2.. d. Mts. gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Freitag, den 26. d. Mts., nachm. 3 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege der Schlosser
Richard Hampel
Mielestr. 5, am 1.. d. Mts. verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Lehrstelle
für jungen Mann mit guter Schulbildung bietet
Sozialistischer Verlag
Selbstgeschr. Angebote ... „P. 89“ an d. Exp. d. Bl.

Münze Sammlungen kauft Voß, ... Wilhelmstr. ...
Münzenhandlung

Besonders günstige Angebote!

Jackett-Anzüge blaugrau, schieferblau, gestreift und in anderen schönen Farbenstellungen, mod. verarbeitet, M. 750, 600, 500, 300 **135,00**
Jackett-Anzüge aus guten, dunklen, sehr haltbaren Kammgarnstoffen, vornehme Machart ... M. 900 **790,00**
Jackett-Anzüge hochelegant, Ersatz für Maß, aus besten Stoffen verarbeitet ... M. 1200, 1000 **800,00**
Sport-Anzüge mit Breecheshosen, aus gutem Lodenstoff, in grauer, grüner und brauner Farbe ... M. 500 **400,00**
Sport-Anzüge aus Homespun und Manchester, in den neuesten Fassons .. M. 750 **600,00**
Cutaway u. Westen marengo und schwarz, guter Stoff, tadelloser Sitz und Verarbeitung ... M. 900, 750 **600,00**
Gehrock-, Smoking- u. Frackanzüge in großer Auswahl, aus nur erstkl. Stoffen, anfangend mit **1000,00**

Buckskin-Hosen derbe, haltbare Ware, gestreift und meliert ... M. 55 **40,00**
Kammgarn-Hosen in vielen schönen Streifenmustern ... M. 170, 150, 120, 98 **72,00**
Kammgarn-Hosen elegante Art, aus vorzüglich. Stoffen ... M. 350, 300, 250 **200,00**
Breeches-Hosen aus Homespun und Loden ... M. 175 **140,00**
Manchester-Hosen Sportfassons und lange Hosen in vielen Farben ... M. 195 **150,00**
Militär-Hosen nur aus guten festen Qualitäten ... M. 108 **95,00**
Arbeiter-Hosen aus eisenfestem feldgrauem Drell ... **48,00**

Ulster, Schlüpfer, Raglans aus Homespun und Cheviot, in den modernsten Fassons ... M. 700, 550, 425 **285,00**
Schlüpfer u. Raglans aus prima Stoffen, in erstklassiger Verarbeitung ... M. 1000, 900 **800,00**
Paletots aus marengo Cheviot, gute Qualitäten in Stoff und Zutaten ... M. 800, 700 **575,00**
Gummimäntel für Damen und Herren, hochgeschlossen u. mit Fasson, in guten Qualitäten ... M. 550, 400, 350 **265,00**
Gummimäntel in Double und Covertcoat, hervorragende Qualität . M. 750, 650 **550,00**
Lodenmäntel für Damen und Herren aus gutem Strichloden und Kamelhaarloden ... M. 450, 425, 350, 275 **225,00**
Loden-Pelerinen für Damen und Herren aus wetterfesten Strichloden ... M. 250, 225 **190,00**

Modernste Massanfertigung — Verwendung bester Stoffe und Zutaten — Sehr mässige Preise

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotagen und anderen Sachen

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Groß-Berlin

Geheimnisvolle Vorbereitungen

Die Leitungen der städtischen Betriebe haben vom Magistrat ein Rundschreiben erhalten, das den Magistrat als Vorarbeiter für technische Nothilfe und polizeiliche Streikbekämpfung zeigt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Magistrat
J.-Nr. 176 Trf. 2/21.

Berlin, den 13. August 1921.

Einem dringenden Antrage des Polizei-Präsidenten von Berlin entsprechend ersuchen wir ganz umgehend, spätestens bis zum 19. d. M. dem Bureau der Tarifdeputation, Spandauer Straße 17, I, je einen Lageplan von sämtlichen einzelnen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken Groß-Berlins und von den dazu gehörigen Unterstationen sowie je eine Werk- und Detailzeichnung der gesamten Einrichtungen vom neuesten Stande einschl. der Betriebsvorschriften für jedes einzelne Werk bzw. jede Unterstation zu übersenden.

Der angegebene Termin muß unbedingt innegehalten werden.

gez. Ritter.

Wie wir zu dieser Angelegenheit erfahren, geht das Vorgehen des Polizeipräsidenten und des ihm gehorsamen Magistrats auf eine Anregung höherer Stellen zurück.

Diese Vorbereitungen sollen dazu dienen, eventuelle Streiks der städtischen Arbeiterschaft durch Einsetzen der technischen Nothilfe und der Polizei zu begegnen. Diese Handlangerdienste des Magistrats sind gerade vor der gegenwärtigen Lohnbewegung um so schärfer zu verurteilen, als es lediglich an dem Magistrat selbst liegen wird, die Lohnbewegung der städtischen Arbeiter nicht erst bis zum Streik kommen zu lassen. Selbst die Reichsregierung hat durch das Anbahnen von Lohnverhandlungen bewiesen, wie berechtigt die gegenwärtige Lohnbewegung der Arbeiterschaft ist, und der Magistrat würde durch eine gleiche Handlungsweise nur klug und vorausschauend handeln. Statt dessen durch solche Scharfmachermaßnahmen von vornherein die Arbeiterschaft zu erregen und ihr das größte Mißtrauen zu zeigen, ist so taktlos wie nur möglich. Je mehr Vertrauen auch die städtischen Behörden in die Gewerkschaftsdisziplin der Arbeiterschaft setzt, um so mehr wird diese vorhanden sein; je scharfmacherischer der Magistrat handelt, um so erregter und empörter wird die Arbeiterschaft mit Recht sein.

Es wäre besser gewesen, wenn auch die beiden Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, Polizeipräsident Richter und Bürgermeister Ritter, solchen Ueberlegungen zugänglich wären!

Für den Zehn-Uhr-Häuserschluß

Nachdem die Verordnung auf Beschränkung der Polizeistunde gefallen ist und die Verlängerung derselben in kurzem bevorsteht, ist Zeit daran zu denken, auch eine andere Kriegsverordnung fallen zu lassen, die heute ebenfalls keine Berechtigung mehr hat.

Während des Krieges wurde zur Ersparung von Kohlen der Acht-Uhr-Häuserschluß verfügt und eine längere Treppenbeleuchtung verboten. Hatte diese Verordnung schon früher wenig Sinn, so hat sie heute jede Berechtigung verloren. Die Rücksicht auf Kohlenmangel kann man heute nicht mehr gelten lassen, da dieses Argument durch die längere Offenhaltung der Gastwirtschaften widerlegt ist. Man kann hoffen, daß es nur eines Hinweises bedarf, um für Berlin den Zehn-Uhrschluß der Häuser wieder zu verfügen.

Der frühe Haustorschluß trifft allerdings nur die unbemittelte Klasse. Das ist allerdings Grund genug, die Angelegenheit weniger wichtig wie die Verlängerung der Polizeistunde zu behandeln. In den Wohnhäusern der Besitzenden ist fast allgemein ein Portier vorhanden, der während des Abenddienstes noch nach acht Uhr kommende Besucher einläßt.

Die Beibehaltung des Acht-Uhr-Häuserschlusses ist den Hausbesitzern zwar sehr angenehm, und wohl auch nur mit Rücksicht auf diese bisher nicht aufgehoben worden. Die Hausbesitzer, die sich fast allgemein davor drücken, selbst unbedingt notwendige Reparaturen ausführen zu lassen, ersparen dadurch die Treppenbeleuchtung. Dafür sind sie aber im Fordern von höheren Mietszuschlägen um so großzügiger, ohne daran zu denken, etwa ihren Mietern die bescheidenste Forderung, mag sie auch noch so berechtigt sein, zu erfüllen.

Für Berlin ist der Acht-Uhr-Hausschluß nicht mehr aufrecht zu erhalten. In einer Großstadt muß auch noch nach acht Uhr abends Gelegenheit sein, Hausbewohner aufzusuchen.

Potsdamer Monarchisten-Revue

Nach den Ankündigungen soll am Sonntag, den 28. August, in Potsdam eine große militärische Kundgebung stattfinden. Die „Menschenfreunde“ Ludendorff und Hindenburg sowohl wie Prinz Eitel Schieberich und andere „berühmte“ Männer der „Großen Zeit“ haben ihr Erscheinen zugesagt, um die Wiederkehr der Tannenbergschlacht zu feiern.

Die gesamte sozialistische Arbeiterschaft Potsdams und Umgegend hat in gemeinsamer Sitzung beschlossen, an diesem Tage ebenfalls zu demonstrieren. Treffpunkt mit revolutionären Bannern und Abzeichen mittag 1½ Uhr Potsdam, Bassinplatz. Proletarier, Männer und Frauen! Agitiert bis dahin unaufhörlich in allen Betrieben für eine machtvolle Kundgebung. Beteiligt euch in Massen, ohne Unterschied der Parteirichtung.

U. S. P., S. P. D., Gewerkschaftskartell Potsdam.

Keine Unterstützung für Siedlungsbauten

Wie das Reichssiedlungs- und Heimstättengesetz Halbheiten sind, so sind die Bestimmungen über die produktive Erwerbslosenfürsorge nicht viel besser. Auch die Bekanntgabe des Herrn Reichsarbeitsministers vom Februar d. J., der die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge für den Bau von Siedlungshäusern, zur Hebung des gemeinnützigen Wohnungswesens zusagte und die Hoffnungen der Bauarbeiter auf Arbeit durch die Bereitstellung der Mittel gestiegen war, so versagte die Praxis auf dem Gebiete dieser Fürsorge. Verschiedene Berliner Baugenossenschaften waren so optimistisch, diesen papiernen Zusagen restlos zu vertrauen und fingen an zu bauen. Mit den Einlagen der Genossen dieser Siedlungsvereine wurde nun frisch ans Werk gegangen, und die einzelnen Häuser hochgeführt. Man erwartete immer noch die Zuschüsse, bis die Genossenschaftskassen allmählich erschöpft waren, und die so munter begonnene rege Bauarbeit zum Stillstand kam.

Die vielen Verhandlungen mit den in Frage kommenden Stellen, die zahlreichen Hinweise auf die Dringlichkeit der Angelegenheit haben dazu geführt, daß bis heute noch kein Pfennig an eine der Berliner Siedlungsgenossenschaften gezahlt worden ist. Abgesehen davon, daß vom Beschluß bis zur praktischen Ausführung bei den Behörden schon immer viel ungenützte Zeit verstrich, wirkt eine derartige „Zurückhaltung“ weder auf die Schaffensfreude der Bauarbeiter, noch auf die Förderung der Arbeitsmöglichkeiten günstig. Viele von den angefangenen Bauten harren noch ihrer Vollendung.

•

Das Magistratspresseamt teilt mit: Die Verteilung der dem Siedlungsamt der Stadt Berlin in diesem Baujahre überwiesenen Mittel zur Hergabe von Darlehn zur Schaffung neuer Wohnungen ist im wesentlichen beendet. Bei der Prüfung der eingegangenen Anträge haben sich bei vielen Bauprojekten große Beanstandungen in gesundheitlicher, technischer und wirtschaftlicher Beziehung ergeben, die vermieden worden wären, wenn die Baulustigen sich vorher sachverständigen Rat eingeholt hätten.

Um für die kommende Bauzeit diesem Uebelstande abzuhelfen, sind die Bauverwaltungen der Bezirksämter bereit, ihnen vorgelegte Projekte daraufhin zu begutachten, ob technische Bedenken gegen ihre Bezuschussung bestehen. Es wird jedoch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß durch die Prüfung die Bewilligung einer Baubeihilfe keineswegs gesichert ist, und daß insbesondere der Baubeginn vor Gewährung eines Darlehns auf eigene Gefahr des Bauherrn geschieht. Maßgebend für die Bewilligung ist neben der Güte des Projekts nur die Höhe der dem Siedlungsamt überwiesenen Mittel.

Wir würden es begrüßen, wenn das Presseamt des Magistrats, von dem die vorstehende Mitteilung stammt, sich in seinen „Verlautbarungen“ eines normalen Deutsch bedienen und das entsetzliche Wort „Bezuschussung“ aus seinem Sprachschatz entfernen würde!

Polizeistunde und Nachtverkehr

Der bereits veröffentlichte Erlaß des preußischen Ministers des Innern über die Festsetzung der neuen Polizeistunde beschäftigte heute bereits die leitenden Stellen der Berliner Verkehrsunternehmungen zur Stellungnahme über etwaige Betriebsänderungen. Bei der Berliner Straßenbahn fand eine Sitzung der Verkehrsdeputation statt, in der man sich mit der Frage des Nachtverkehrs der Straßenbahn beschäftigte. Nach längeren Verhandlungen wurde beschlossen, von einer vorläufigen Verlängerung des gesamten Verkehrs zur Nachtzeit abzusehen und nur auf fünf Linien einen verlängerten Betrieb einzuführen. Es sind die Linien 1, 47, 55, 69 und 78. Bei stärkerer Zunahme des Nachtverkehrs soll der Betrieb auf weitere Linien ausgedehnt werden. Die Wagen der genannten Linien werden gegen ½2 Uhr nachts das Innere der Stadt verlassen. Die Hoch- und Untergrundbahn beabsichtigt ebenfalls, eine Erweiterung des Verkehrs zur Nachtzeit einzuführen. Da die Gesellschaft den in ihren Betrieb erforderlichen Strom in eigenen Kraftwerken erzeugt und hierbei auf die Zuweisung der erforderlichen Kohlenmengen durch den Reichskohlenkommissar angewiesen ist, so wird erst nach Vereinbarung mit dem Reichskommissar eine endgültige Festsetzung des neuen Fahrplans erfolgen können. Die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft hat vorläufig noch keine Stellung zur Erweiterung ihres Verkehrs während der Nachtzeit Stellung genommen. Es ist aber damit zu rechnen, daß auch sie ihren Betrieb den Anforderungen entsprechend erweitern wird.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Otto Mariendagen findet am Donnerstag, den 25. August 1921 in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11 statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr. Das Programm lautet: Vorspiel zur Oper „Melusine“ von C. Grammann, Hymne an die heilige Cäcilie von Ch. Gounod (Violin-Solo: Konzertmeister M. v. d. Berg), Variationen a. d. Suite Nr. III, op. 55, P. Tschaikowsky, Ouvertüre zu „Richard III“ von R. Vollmann, a) Du bist die Ruh und b) Spinnlied für Violoncello, a) von F. Schubert, b) von D. Popper (instrumentiert von O. Mariendagen), Walter Schulz, Walkürenritt von R. Wagner, Ouvertüre zu „Abu Hassan“ von C. M. v. Weber, Zwischenaktsmusik aus „Mignon“ von A. Thomas, „In's Zentrum“, Walzer von J. Strauß.

Verwaltungsseminar für die städtischen Beamten. Der Magistrat hat in seiner Sitzung die Satzungen für das demnächst einzurichtende Verwaltungsseminar der Stadtgemeinde Berlin genehmigt, das eine einheitliche, gründliche Ausbildung der Beamtenanwärter der neuen Stadtgemeinde zur Aufgabe hat. Das Seminar soll, falls die Stadtverordnetenversammlung dem Magistratsbeschluß beitritt, am 1. Oktober 1921 eröffnet werden.

Internationaler Bund der Kriegsopfer, Gau Brandenburg. Am Sonnabend, den 27. August, nachmittags 2 Uhr, beginnt im Lokal „Neu-Seeland“ (Inh. Wm. Schonert), Kienaststraße, am Bahnhof Strelau-Rummelsburg, die Gautagung für den Gau Brandenburg. Die Delegierten treffen sich am Sonnabend, den 27. August, mittags 1 Uhr, im Lokal des Genossen Wilhelm Stenzel, Lichtenberg, Kronprinzenstr. 9. Zugleich weisen wir nochmals darauf hin, daß die Ortsgruppe Lichtenberg zum 27. August einen Empfangsabend veranstaltet, und ersuchen wir um rege Beteiligung. Am Sonntag, den 28. August, vormittags 10 Uhr, beginnen die Einigungsverhandlungen betr. Verschmelzung der Gaue Berlin und Brandenburg, und ersuchen wir die Delegierten des Gaues Berlin, pünktlich zu erscheinen.

Das Kohlenamt Berlin teilt mit: Vom 25. August 1921 ab werden zur Entnahme und Abgabe von Kohlen die Abschnitte 6 und 7 der 10—70-Zentner-Kohlenkarten freigegeben. Bevorzugt zu beliefern sind die bereits früher freigegebenen Abschnitte der Kohlen-, Koks- und Sonderkarten. Ab 1. Oktober d. J. verfallen die Abschnitte 1 und 3 der 5-Zentner-Kohlenkarte, die Abschnitte 1 und 2 der 10—70-Zentner-Kohlenkarten. Gleichzeitig werden vom 25. August d. J. ab zur Belieferung „Auf Kohlenbezugscheine für Ofenbrand“ 1. für die im § 58 der Verordnung des Magistrats Berlin vom 30. März 1921 genannten Verbraucher weitere 10 v. H., für Kirchen, Kapellen und Synagogen 10 v. H. der im Bezugschein festgesetzten Kohlenmenge freigegeben.

Das Urteil gegen den wuchernden Agrarier. Die gegen den Rittergutsbesitzer Kiepert-Marienfelde und dessen Administrator Falkenberg geführte Verhandlung ist durch Urteilsverkündung abgeschlossen worden. Das Gericht hat beide Angeklagte im Sinne der Anklage für schuldig erachtet, das Vergehen aber als sehr milde liegend angesehen. Der Angekl. Kiepert habe nach Ansicht des Gerichts seine Aufsichtspflicht vernachlässigt. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je 2000 Mark Geldstrafe und verfügte die Einziehung der buchmäßig festgestellten Ueberpreise in Höhe von 23 114 Mark.

Gegen die Auswüchse der Börsenspekulation. Der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt: Im Handelsministerium hat am 23. d. Mts. unter dem Vorsitz des Herrn Handelsministers eine Besprechung mit Vertretern der Börsenvorstände von Berlin und Frankfurt a. M. sowie der rheinischen Bankiervereinigung über die Verhältnisse an den Wertpapierbörsen stattgefunden. Es wurde u. a. erörtert, welche Maßnahmen gegen die Auswüchse der Spekulation und zur geordneten Abwicklung des Wertpapierverkehrs getroffen werden können.

Felsenbrunner Hof

Von **Anna Croissant-Rust**

(Nachdruck verboten)

61. (Fortsetzung)

Wie es kam, wußte er selbst nicht; im Augenblick hatte er seinen Bruder bei den Schultern gepackt, gedreht, herumgeworfen und kniete nun auf ihm, der, sich wehrend, strebte, den Wütenden abzuschütteln. So sehr ihn Peter bedrängte, konnte er es doch nicht lassen, ganz in der Art boshafter Kinder zu sagen: „Und eine Hure ist sie doch, eine Hure und zehnmal eine Hure.“

Peter kannte sich nicht mehr, er drückte Heinrich mit aller Kraft zu Boden, alles an ihm zitterte, jeder Muskel war gespannt. Wie er ihn haßte, diesen Bruder, er hätte ihn morden mögen! Es war ihm eine Wollust, so auf ihm zu knien, daß er sich nicht mehr rühren und keinen Atem kriegen konnte. In rasender Eile kamen und flohen die Gedanken und kamen wieder, fast spielerisch hetzte er sie und war sich ihrer bewußt: „Wenn ich jetzt will, wenn ich nur einen Augenblick fest will —“

Da sah er ganz plötzlich ein Dolchmesser in Heinrichs Hand, eines jener gefährlichen, scharfen, schmalen Dinger, die Heinrich sonst immer neben sich liegen hatte und zum Aufschneiden der Bücher benützte. Er griff danach. Heiß und verwirrt und außer Atem wie beide waren, preßten sich ihre Körper immer enger aneinander. Peter fühlte einen Stich, einen wütenden Schmerz am Finger, Blut rann über seine Hand; mit seinem ganzen Gewicht warf er sich auf den andern: „Du Hund! Stechen willst du auch noch?“ stieß er heraus und umklammerte Heinrichs Hals. Da sah er den anderen blaß werden, hörte ihn röcheln und sprang auf. Herrgtt, es floß Blut über den hellen Anzug! Ein dünner dunkler Bach, der schmutzigrote Lachen machte, in den Boden versickerte und stets wieder nachdrängte.

Peter starrte darauf hin, starrte auf die geschlossenen Augen seines Bruders: — Er war doch wach, er war bei Vernunft, er sah alles ganz deutlich, ja überdeutlich, er sagte sich: „Der ist tot, der ist gellefert; er wird sich nicht mehr rühren, er wird die Augen nicht mehr aufmachen, und ich —“ da gab's ihm einen Stich, daß er fast nicht mehr atmen konnte. Und während von oben, vom Heidefelsen herunter ein paar frische Stimmen sangen: „O Pfälzerland, wie schön bist du!“ stürzte Peter über Stock und Stein in wilder Flucht zu Tal. Er tat alles wie ein Schlafwandler und doch hellseherisch; es war ihm, als ob dies alles ein anderer erlebe, und dennoch empfand er klar und scharf und bestimmt; ganz anders wie in jener Nacht, wo er geflohen war. Blitzschnell tauchten allerlei Pläne vor ihm auf, Erwägungen, und waren voll unheimlicher Schärfe.

„Du hast deinen Bruder getötet, du mußt fort, du mußt hinunter, mußt heim und Geld holen. Wie kriegst du das Geld?“ Und umrißscharf und bestimmt wie manchmal im Traum, fast wie eine Vision war sie es, sah er seinen Vater vor dem Schreibtisch stehen und Gold in das kleinste Fach legen. Vor zwei Tagen war's gewesen, durch Zufall war er in das Zimmer gekommen und konnte sehen, wo der Vater die Schlüssel verwahrte. Er trug sie nie bei sich — wenn die noch dort waren! Im Hinunterrasen gab er acht, daß keine Steine polterten, und zuckte zusammen, wenn er nur den geringsten Lärm machte. Ein paarmal warf er scheu den Kopf zurück, durch schnellende Zweige erschreckt.

Ganz unbefangen trat er sodann aus dem Wald und schlenderte auf das Haus zu. Welche Anstrengung ihn dies Schlendern kostete, wo seine Pulse rasten und das Herz ihn mit wilden Stößen vorwärtstrieb!

Nichts regte sich im Haus; alles war sorglos offen. Im oberen Stock hörte er die traurige Stimme der Mutter, die dem kleinen, kranken Kinde vorsang:

„Da sitzet Maria mit ihrem Kind.“

Schlaftrunken schaute Tina zur Türe heraus; sie hatte die Nacht über bei dem fiebernden Kinde gewacht. Peter warf ihr ein Scherzwort zu, und sie schloß, ohne zu antworten, ihre Türe wieder.

Ohne Hast, fest und bestimmt, betrat er seines Vaters Zimmer.

Dort mußten die Schlüssel verwahrt sein. Er nahm sie in aller Kaltblütigkeit; ohne leise zu sein, schloß er auf. Da fing sein Herz wie rasend an zu klopfen: „Wird das Geld da sein?“

Mit einem Ruck flog die Schublade auf. Da lagen sie in langen Reihen und warteten, auf die Bank getragen zu werden. Geld vom Wald, Thomanns Geld. Er zählte nicht genau, er überflog nur die Reihen. So viel? Mit zwei Händen griff er hinein, er zitterte vor diesem Gold, und dann kam der alte Trotz über ihn: „Mein Erbteil“, sagte er sich und stopfte die Taschen voll.

Schnell schloß er ab, und sorgsam verwahrte er die Schlüssel wieder.

Es war höchste Zeit für ihn zu gehen. Vor der Mutter Türe zögerte er, die Stimme klang so dünn, so hoffnungslos — sein Herz brannte, er mußte seine Hände darauf drücken.

„Mutter!“ flüsterte er, erstickt. Dann raffte er das Nötigste zusammen — noch einmal stürmte alles auf ihn ein, was er in diesem Zimmer erlebt und erlitten. Schrieen denn die Wände nicht? Zuckten denn seine Schmerzen nicht aus allen Ecken auf und überfielen ihn? Und doch — sein Zimmer, seine Schmerzen —

Fort! Fort! Ehe er schwach wurde! Rasch schritt er über die Treppen hinab, und der dünne traurige Gesang, der durch die Mauern sickerte, folgte ihm.

Folgte ihm und begleitete ihn die lange, lange Landstraße, die er an jenem Maisonntag so glorreich nach Hause gefahren. Sie wollte heute kein Ende nehmen. Wie ein Betrunkener taumelte er durch den Sand, immer das Lied seiner Mutter in den Ohren, das sie diesem fremden kleinen Kinde sang.

Nun war er in der Stadt — es ging alles so selbstverständlich. Er holte sich sein Billett, das ihn den Rhein hinauf nach Holland bringen sollte; er saß im Zug. Ganz recht, da saß er, und saß im richtigen Schnellzug und hatte immer dies Sausen und Brausen in den Ohren und fühlte wieder diesen plötzlich stockenden Herzschlag, dann sprang das Rattern und Knattern und Stoßen des Zuges auf ihn ein, wie wenn die Hölle los wäre.

Da war die Ebene, da war der Rhein; sein Mitpassagier stieg aus, und um Peter war nur das dumpfaufrüttelnde und zugleich anklagende Geräusch des Zuges. Blitzartig stiegen Bilder auf und verschwanden wieder. Wie Geier stürzten sie auf ihn ein. Er lag wehrlos in der Ecke und sah mit weit aufgerissenen Augen, wie sie auf ihn zukamen. Gretchen!

Mit einem Aufschrei wie ein gequältes Kind verbarg Peter seinen Kopf in den Polstern und wehrte, vom Krampf geschüttelt, der schwarzen Gedanken. Zuletzt sank er auf den Boden und preßte sein Gesicht in die Kissen des Sitzes. Er wußte sich nicht mehr zu helfen vor Leid und Entsetzen. Heinrich war tot! Er war ein Mörder, er hatte nicht geträumt; er war heimatlos, er floh, und alle fluchten ihm nach!

(Forts. folgt.)

Gewerkschaftliches

Ein Gewerkschaftskongreß in Canada

Die jährliche Zusammenkunft des canadischen Gewerkschafts- und Arbeitskongresses beginnt am 22. August in Winnipeg. In dem Einberufungsschreiben heißt es unter anderem:

„Die Periode der Reaktion, in der wir uns augenblicklich befinden, hat viele von den alten Problemen auf die Tagesordnung gebracht, dazu manche neuen, denen die organisierte Arbeit ins Gesicht sehen muß. Der Kampf der Arbeiter um die Aufrechterhaltung ihrer Lebenshaltung unter den heutigen ungünstigen Bedingungen hat viele Unternehmer im Gebiet der Dominions veranlaßt, die günstige Gelegenheit auszunützen und sich zu weigern, Kollektivverträge abzuschließen, unter dem Vorgeben, für die „open-shop"-Bewegung einzutreten, und wie die Ausflüchte alle lauten. Mächtige Unternehmergruppen haben offen ihren Widerstand gegen eine fortschrittliche soziale und industrielle Gesetzgebung erklärt, und es ist bemerkenswert, daß die Gesetzentwürfe über den Achtstundentag, die Arbeitslosenversicherung, Frauen- und Kinderschutz in der Versenkung verschwunden sind, ebenso wie die anderen Anregungen des Internationalen Arbeitsamtes, die es bei seiner ersten Tagung vor zwei Jahren in Washington beschlossen hatte, an welcher auch Delegierte der canadischen Regierung teilgenommen haben. Ueber alle diese Dinge muß die organisierte Arbeiterschaft ihre unzweideutige Meinung laut zum Ausdruck bringen."

Unsere Brüder in Canada werden einen schweren Stand haben, solange in dem mächtigen Nachbarland noch ein Reaktionär wie Sam. Gompers an der Spitze der Arbeiterbewegung steht. Erst muß die Bewegung in den Vereinigten Staaten einmal vorangehen, dann kann auch Canada folgen.

Funktionäre der Metallindustrie

Wir weisen nochmals darauf hin, daß am Donnerstag, den 25. August d. J., abends 7 Uhr, im „Deutschen Hof", Luckauer Straße 15, Großer Saal, eine Versammlung sämtlicher Afa-Funktionäre der Metallindustrie Groß-Berlin stattfindet. Tagesordnung: Teuerung und Tarif. Referent: Kollege Schikora. Freie Aussprache. Es ist Ehrenpflicht jedes Funktionärs, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Ortskartell Groß-Berlin.
Bublitz. Otto. Schikora.

Nichtzulassung von Kommunisten zu internationalen Kongressen

Wie die Volkszeitung aus Innsbruck meldet, ist bei dem gestern dort eröffneten Bauarbeiter-Kongreß Deutschland, Holland, Italien, Dänemark, Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn und Luxemburg vertreten. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden Paeplow wurde der Antrag der Italiener auf Zulassung der Vertreter des russischen Bauarbeiter-Verbandes abgelehnt, worauf die italienischen Delegierten den Saal verließen.

In der Sitzung des internationalen Steinarbeiter-Kongresses wurde das von den Vertretern der kommunistischen Partei Deutschlands und der Moskauer Internationale gestellte Ersuchen, dem Kongreß beiwohnen zu dürfen, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Angestellte der Kunst- und Bauschlossereien! Freitag, den 26. August 1921, abends 7 Uhr, findet in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18 (Hochzeitssaal), eine Versammlung sämtlicher Angestellten der obigen Branche, die in AfA-Verbänden organisiert sind, statt. Tagesordnung: 1. Die Kündigung des Tarifvertrages. 2. Verschiedenes. Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig. AfA-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

Handlungsgehilfinnen und Gehilfen!

Es gilt

bei den Kaufmannsgerichtswahlen am 28. August, von 9–5 Uhr der Liste

Zentralverband der Angestellten (AfA)

zum Siege zu verhelfen.

Jeder wahlberechtigte Handlungsgehilfe männlichen und weiblichen Geschlechts muß zur Wahl gehen und muß eine weitere wahlberechtigte Kollegin oder einen Kollegen zur Wahlurne mitnehmen. Alle wählen die Liste

Zentralverband der Angestellten (AfA)

Wahret Euer Wahlrecht! Beschafft Euch deshalb rechtzeitig Wahlbescheinigungsformulare im Ortsbureau des Zentralverbandes der Angestellten, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 7-10, in den Zahlstellen oder beim Betriebsvertrauensmann. Nur wer eine vom Arbeitgeber oder der Polizeibehörde beglaubigte Wahlbescheinigung hat, darf sein Wahlrecht ausüben.

Das Zentralwahlbureau des Zentralverbandes der Angestellten ist täglich bis 7 Uhr abends geöffnet. Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 7-10, Aufgang 2, Hof links 3 Treppen.

Angestellte der Brauereibetriebe Groß-Berlins! Freitag, den 26. August 1921, abends 7 Uhr, findet im Großen Saal der „Musiker-Festsäle", Berlin C., Kaiser-Wilhelm-Straße 31, eine AfA-Mitgliederversammlung sämtlicher Angestellten der obigen Betriebe statt. Folgende Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Soll das Lohnabkommen gekündigt werden? 2. Aufstellung der neuen Forderungen. 3. Kaufmannsgerichtswahlen. Referenten: Kollege Günther vom Butab, Kollege Reinsberg vom D. W. V., Kollege Gottwaldt vom Z. d. A. Kolleginnen und Kollegen, zeigt durch vollzähliges Erscheinen, wie sehr ihr an einer endgültigen Klärung der ganzen Situation interessiert seid. AfA-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

Afa-Betriebsräte, die Sammellisten zur Unterstützung des russischen und georgischen Volkes bisher noch nicht oder nicht in genügender Anzahl erhalten haben, wollen sich umgehend an uns wenden. Alle auf die von uns herausgegebenen Sammellisten eingegangenen Gelder müssen mit uns verrechnet werden.

Allgemeiner freier Angestelltenbund Ortskartell Groß-Berlin.

Parteiveranstaltungen

U. S. P. D.-Delegierte zum Gautag und Funktionäre des Internationalen Bundes der Kriegsopfer, Groß-Berlin, werden zu einer Besprechung Freitag, 26. 8., 7½ Uhr, nach Berlin C., Roßstr. 5, Rest. Gaße, eingeladen. Eintritt nur gegen Parteiausweis.

Donnerstag, 25. August

12. Distrikt. Abends 7 Uhr Funktionärsitzung 1. Abt.: Klug, Danziger Str. 7. 2. Abt.: Hoffmann, Lychener Str. 8. 3. Abt.: Klimpel, Dunckerstr. 85. 4. Abt.: Bollmann, Wichertstr. 19.

9. Distrikt (Wedding). Sitzung der Agitationskommission bei Kroll, Utrechter Straße 21.

Freitag, 26. August

2. Verwaltungsbezirk, 4. Distrikt (Westen). Abends 7½ Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission bei Wiemer, Bülowstr. 56. Sämtliche Mitglieder müssen pünktlich erscheinen.

5. Verwaltungsbezirk. Männerchor U. S. P. Abends 7½ Uhr wichtige Sitzung bei Dreße, Schreinerstr. 18, anschließend Uebungsstunde. Sangesfreudige Genossen und Distriktsleiter vom 15., 16., 17. Distrikt sind hiermit eingeladen.

20. Distrikt (Kreuzberg). Abends 7 Uhr engere Vorstandssitzung bei Lier, Naunynstr. 9.

Berlin-Mitte, 1. Distrikt. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zur Stadt- und Bezirksverordneten-Versammlung. Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.

Neukölln. Abends 7 Uhr Funktionärversammlung im Karlsgarten. Geschäftsleitung, Bezirksführer, Jugendleiter, Obleute der Kommissionen und die Kandidaten haben zu erscheinen.

Reinickendorf-West. Abends 8 Uhr Leseabend im Volkshaus. Vortrag des Genossen Paul Selke, Bürgermeister, über: „Was kann die proletarische Frau zu ihrer Befreiung tun?"

Sonnabend, 27. August

Berlin-Mitte. Die engeren Vorstandsmitglieder von allen 3 Distrikten treffen sich zwecks Wahleinteilung zur Stadtverordnetenwahl abends 7 Uhr bei Dahms, Schlegelstraße 9.

Vereinskalender

Donnerstag, 25. August

Verband Volksgesundheit. Abends 7½ Uhr in der Oberrealschule, Niederwallstraße 12, Vortrag des Herrn Karl Bartes, Betriebsleiter aus Eden: „Lebensreformsiedelung in Kanada".

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Laboranten, Apothekenarbeiter und -arbeiterinnen, Laufburschen usw. Abends 7½ Uhr in Willes Festsäle, Sebastianstraße 39, Versammlung.

Freitag, 26. August

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Handelshilfsarbeiter und Arbeiterinnen aus allen Betrieben der Leder- und Lederwarenbranche. Abends 7 Uhr in Schultheiß-Brauerei, Königsgraben 7 (nahe Alexanderplatz), Branchenversammlung.

Deutscher Werkmeister-Verband, Bezirk-Verein Berlin 17. Nachm. 5 Uhr Werkmeister-Sitzung im Alexandriner. Tagesordnung: Gehaltsaufbesserung der Werkmeister.

Mieterverband Adlershof. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Ziegler, Bismarckstraße 24.

Berliner Mieterverband, Gruppe Norden. Abends 7 Uhr Mieterrats-Versammlung, Schulaula Greifenhagener Str. 50.

Arbeiter-Samariter-Kolonnen Berlin E. V. Den Materialverwaltern der Abteilungen zur Kenntnis, daß Material abends 7 Uhr in der Schule Annenstr. 12 ausgegeben wird. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Arbeitsgemeinschaft der Lehrer und Lehrerinnen für die weltliche Schule in Berlin-Humboldthain (3. Verwaltungsbezirk). Nachm. 4 Uhr Sitzung im Lehrerzimmer der 6. Schule, Hochländer Straße. Tagesordnung: Geschichtsunterricht, Schulentlassungsfeiern, Oktoberwahlen. Gäste willkommen.

Geschäftliches

In der Reihe der besonders günstigen Angebote veröffentlichen in der heutigen Ankündigung die Kleiderwerke Baer Sohn, alleinige Verkaufsstelle in Berlin, Chausseestr. 29-30, Herrenanzüge für die Straße und Gesellschaft, Uebergangspaletots, Ulster, Raglans sowie Beinkleider einfacher und besser Qualität.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: J. V.: Robert Henkel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

HERMANN TIETZ

Billige Lebensmittel

Feine Toiletteseife zirka 100 Gramm .... Stück 1.35

Fleisch
Hammelfleisch ohne Knochen, gefroren, Pfund 6.50
Ohren u. Schnauzen gesalzen, Pfund 7.00
Schmorfleisch frisches, o. Knochen, Pfund 12.00
Rinderkamm und Querrippe, frisch, Pfund 8.00
Schabefleisch Pfund 12.00
Kalbskamm und Rücken, frisch, Pfd. 1[illegible].00
Kalbskeulen frisch, Pfund 12.00

Neue Kartoffeln Pfd. 55 Pf.
Wirsingkohl .... Pfund 50 Pf.
Ausgelassener Talg Pfund 9.50
Speisefett .... Pfund 11.50
Pflaumen .... Pfund 1.00
Kochbirnen .... Pfund 95 Pf.

Kochäpfel .... Pfund 95 Pf.
Tiroler Aepfel .... Pfund 1.45
Pfirsiche .... Pfund 2.90
Kohlrabi .... Mandel 70 Pf.
Seelachs frisch .... Pfund 1.80
Bücklinge .... Pfund 3.90
Brat- u. Suppenhühner Pfund 12.50
Kaninchen gefroren .... Pfund 4.00
Corned beef .... Pfund 8.80
Rotwurst .... Pfund 11.00
Landleberwurst .... Pfund 11.00
Grobe Mettwurst .... Pfund 16.50
Harzer Käse .... Pfund 8.80
Limburger .... Pfund 10.50
Dän. Goudakäse .... Pfund 12.50
Margarine .... Pfund 10.50

Gebrannter Kaffee aus eigener Rösterei täglich frisch, Pfund 19.00
Keksmischung besonders preiswert .. Pfund 6.75
Rindfleisch im eigenen Saft .... Dose 5.50
Himbeer- u. Kirschsaft neuer Ernte, la Qual., ½ Fl. ca. 1 Pfund 9.00 ½ Flasche ca. 2 Pfund 17.50 einschließlich Flasche
1919er Bowlenwein einschließl. Flasche und Steuer 12.00

Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Grosser Reste-Verkauf zu enorm billigen Preisen

Köpenicker Str. 145, 3. Hof, 3. Tr.
5 Minuten vom Schlesischen Bahnhof
Schönhauser Allee 47
Untergrundbahnhof Danziger Str.

Billige Arbeiterkleidung

Unter Fabrikationspreis! Konkurrenzlos billige Preise! Schnürschuhe!
Gummipelerinen, bewährte beste Qualität
unverwüstlich .... M. 48
Lederwesten, je nach Größe, von M. 100 bis 125
Feldgraue Hosen, je nach Größe, von M. 100 bis 108
Strümpfe, gute Qualität .... M. 3.50
Schwere, wollgemischte Strümpfe . M. 6.50
Reinwollene, amerik. Strümpfe .. M. 8.00
Unterhosen .... von M. 8.00 an
Hemden .... von M. 12.00 an
Deutsche Uniformen (Hose u. Joppe) M. 60.00
Monteuranzüge, blau .... M. 65.00
Feldgraue Drellanzüge, extra schwer, M. 85.00
Frauenkittelblusen .... M. 40.00
Frauenröcke .... M. 60.00
Englische Uniformen .... M. 110.00
Amerikanische Uniformen .... M. 120.00
Wasserdichte Pferdedecken .... M. 75.00
Wickelgamaschen .... M. 10.00
Feldflaschen .... M. 2.50
Strickjacken, Chauffeurjoppen, leinene Frauenkleider u. a. m.

verkaufen wir über 250 000 Stück von unserem Engros-Lager. — Die Waren stammen zum Teil aus deutschen, englischen und amerikanischen Heeresbeständen. Die Waren sind größtenteils neu, zum Teil sind sie in unseren eigenen Werkstätten vorzüglich instandgesetzt. — Auch Abgabe größerer Quantitäten an Händler.

B. KAUFMANN & CO., G. M. B. H.
Schönhauser Allee 47, Untergrundbahnhof Danziger Str.
Köpenicker Str. 145, 3. Hof, 3 Tr., 5 Minuten vom Schlesischen Bahnhof.

Kupfer
Messing, Zinn, Quecksilber
Platin-, Gold-, Silberbruch
Händlern Extrapreise!
Brunnenstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48

Altmetalle
zahle hohe Preise. Oderberger Str. 1, Reinickendorfer Str. 107 I. Hof, Keller.

Kupfer
Messing, Zink, Blei,
Zinn
usw. kauft
Gotzkowskystr. 15

Sämtliche Metalle
kauft höchstzahlend
Strausberger Str. 24, I. Keil.

Gold - Silber - Platin
Sachen und Bruch
Quecksilber, Feldstecher
kaufen zu hohem Kurs
Ratzlaff & Zimmer,
Linienstraße 93

Reinzinn 35,- pro Kg.
Lötzinn bis 20,- pro Kg.
sowie Blei kauft
Lothringer Str. 47, Schlosserei

Glühlampen
Halbwattlampen und sämtl. Elektro-Install.-Material
kauft
Schröder, Bernauer Str. 101
Fabrikgeb. III.

Geld
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41, III. Ecke Kochstraße.

Homöopath
Inst. (1905). Erfolgreiche giftfreie Kur ohne Einspritzung. (Sprechzeit 10-1, 4-7, Sonnt. 10-1.) KRIES, Georgenkirchplatz 21, am Alexanderpl. Dienstags und Sonntags Hohenschönhausen 55 Oberseestr. 41. Freitags keine Sprechstunde. (Telephon.) Auskunft u. Broschüre 1.— Mk. Porto.

Bandwurm
mit Kopf verloren
nach 1½ Stunden durch Reichel's Bandwurmmittel Medico. „Seit 7 Jahren litt ich an Bandwurm und schon 6 Mittel erfolglos gebraucht." Bereits Tausende befreit! Mark 10,—, für Kinder: Mark 7.50 (Altersangabe). Otto Reichel, Berlin 46, SO, Eisenbahnstr. 4

Fabelhaft billige Preise! Militär- Mäntel Röcke Hosen
Schnürschuhe Paar M. 35 } gt. ausrepariert
Schaftstiefel Paar M. 50 } neu besohlt
Herren-Ulster neue 100 M.
ferner große Posten verschiedener Geschirr- u. Lederfachen, Sohlenleder zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Eislebener Str. 11, C. Rankestr., a. Zoo, Pfalzburg 2687
Franseckystr. 28, Ecke Spicherstraße, Humboldt 2294
Spandau, Charlottenstr. 2, Tel. Spandau 420
Frankfurter Allee 317
Cöpenicker Str. 136
Charlottenburg, Scharrenstr. 31
Reinickendorfer Str. 37. Amt Moabit 1792 (Nebenanschl.)

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9

Spezial-Behandlung für alle Geschlechtskrankheiten
bei Männer u. Frauen schnell, schmerzl. u. mögl. ohne Berufsstörung
Heilanstalt C. Weissert, Brunnenstraße 191, Nähe Rosenthaler Platz
Viele Jahre in Krankenhäusern und Kliniken tätig gewesen.
Sprechst. 10-12 u. 4-7. Sonntags 10-12. Untersuchung kostenlos.